

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Strauße 10/11, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Jahr 10 M. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.98, wo keine Post am Orte, M. 3.34.

Belegblätter für den monatlichen Beitrag für die monatliche Belegblätter oder deren Anzahl 25 Pfennige. für den vierteljährlichen Beitrag und Belegblätter 75 Pfennige. für den halbjährlichen Beitrag und Belegblätter 1.50 Pfennige. für den jährlichen Beitrag und Belegblätter 3.00 Pfennige. Anträge für die nächste Nummer müssen bis zum 1. Mai bei der Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 101.

Sonnabend, den 1. Mai 1909.

20. Jahrgang.

Zum Fest der Arbeit!

Im Jahre 1889, dem Gedächtnisjahr der größten bürgerlichen Revolution, auf dem internationalen Arbeiterkongress in Paris, wurde dem Gedanken des Völkerfestes zum ersten Male feste Gestalt gegeben. Eine frühere Anregung kam von dem Amerikanischen Arbeiterbund, der auf seinem Kongress in St. Louis im Jahre 1888 einen in derselben Richtung laufenden Beschluß faßte. Bei beiden Vorschlägen, in Paris sowohl wie in St. Louis, dachte man an internationale Kundgebungen, die zunächst für den 1. Mai 1890 geplant waren. In diesem Tage sollten in der ganzen Welt große Manifestationen organisiert werden, wobei an die öffentlichen Gewalten die Forderung zu richten war, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen und die übrigen Beschlüsse des Pariser Kongresses zu verwirklichen.

Aus dieser Kundgebung für den 1. Mai 1890 ist der Weltfeiertag der Arbeit entstanden. Der Gedanke hatte bei den Massen geäußert. Eine äußere wichtige Demonstration für die sozialpolitischen Tagesforderungen des Proletariats, und dann weiter für den sozialistischen Gedanken überhaupt, kam den Wünschen der Arbeitermassen entgegen. Es lag in diesem offenen äußeren Bekenntnis seiner Zugehörigkeit zu dem großen Brüderbund der Völker ein revolutionäres Moment, ein stolzes Bekenntnis auf die geeinte Massenmacht der Unterdrückten des Erdballes. Bei der ersten Veranstaltung blieb es nicht. Der Maidemonstration von 1890 folgten alljährlich neue, die Maifeier wurde zu einem populären Kampfmittel. — Zuerst glaubten die Arbeiterfeinde das Neue in Spott und Hohn zu erlösen. Vergeblich. Die Arbeiterklasse nicht gewillt, das selbstgestiftete Fest aufzugeben. Da griff das Proletariat zu einem wirksameren Mittel, zu Massenaussperrungen.

Durch diese „Strafen“, die bis auf den heutigen Tag von dem privilegierten Unternehmertum in ein böses System gebracht wurden, erreichte man ohne Zweifel dem Prinzip der Arbeitsruhe einen heftigen Stoß. Ganz besonders machte die Unternehmertätigkeit die Gewerkschaften kuglig. Diese Aussperrungen verschlangen große Geldmittel und, so ging die Behauptung, diese Opfer stünden in keinem Verhältnis zu den positiven Erfolgen der Maidemonstration. Vom rein gewerkschaftlichen Standpunkt ist diese Ansicht richtig. Dort, wo man gewöhnt ist, nur unmittelbare wirtschaftliche Erfolge in Rechnung zu stellen, wird man über die ideale Bedeutung, über den sittlichen Schwung, der hierbei dem sozialistischen Gedanken zugute kommen soll, die Achseln zucken. Ja, man geht weiter und sagt, weil von einer allgemeinen Arbeitsruhe noch nicht die Rede sein kann, deshalb Vermeidung jeder Kraftvergeudung, Ausschließung der Propagierung der Arbeitsruhe.

Das hieße dem ersten Mai den Charakter unserer Durchschnittsdemonstrations-Versammlungen geben, die sicher nötig sind, sich aber an agitatorischer Eigenart mit einer Maidemonstration, die Weihe und Würde atmen soll, nie messen können. Gewiß, wir sind von überwältigenden Massenaussperrungen am ersten Mai noch weit entfernt. Aber kann uns das allein hindern, einen an sich hohen Gedanken aufzugeben? Haben wir Sozialisten uns nicht die ökonomischen und natürlichen Entwicklungsgesetze zu eigen gemacht, Gesetze, die im Befreiungskampfe des Menschengeschlechts nicht ausgeschaltet werden können. Warum wollen wir nicht auch mit dem Gedanken der Maifeier von Stufe zu Stufe vorwärts drängen, bis wir ihm eine Position geschaffen haben, die ebenso unüberwindbar ist, wie die aufstrebende Arbeiterklasse selbst? Der Gedanke, der dem Tage seine hohe Bedeutung gab, ist eines Kampfes, zum mindesten aber eines zähen Beharrens wert.

Wir wollen den Sozialismus gewiß zuerst mit dem Kopfe erfassen. Schließt das aber aus, daß wir uns auch der Mittel bedienen sollen, die an die Herzen, an das Gemüt der Proletariatsmassen rühren? Niemals. Auch uns Sozialisten muß erlaubt sein, an einem ernstlichen Tage unsere geistigen Bestrebungen, die auf nichts Geringeres hinauslaufen, als die Umwälzung einer Jahrtausende alten Gesellschaftsordnung herbeizuführen, in einer anderen Form wie der alltäglichen zu propagieren. Wir wollen keine trockenen Klügler sein und wollen keine ledernen Bedanten werden, auch die Poësie soll uns ein willkommenes Mittel in unserem Emanzipationskampfe sein. Der Maidgedanke hat neben seiner revolutionären Note einen hohen poetischen Reiz, er kann Millionen Herzen in die reinen Höhen einer edlen Begeisterung führen, einer Begeisterung, die wir alle — kein einziger ausgeschlossen — vielleicht nötiger denn je gebrauchen. Das ist nicht Stimmungsmache für eine wesentliche schlaftrüge Romantik, nein, das ist eine berechnete, eine nötige Konzeption an das Volksempfinden im besten Sinne. Alles in unserem großen Kampfe wird getragen von dem Gedanken an den hohen sittlichen Wert, den wir einem brüderlichen freien Menschentum beimessen. Groß und stark sind wir in diesem einzigartigen Kulturkampfe der Neuzeit geworden;

wir sind die Gestalter der Zukunft und selbst den Gegnern dämmert die Erkenntnis unserer sozialen Mission. Sollten wir da nicht berechnigt und sogar verpflichtet sein uns einen Feiertag zu schaffen, der mit äußerster Reinheit und revolutionärer Wucht der ganzen Würde und der Größe des Sozialismus augenfällig Geltung verschafft?

Ja wir sind dazu verpflichtet und wollen den Maidgedanken nicht aufgeben. Bei den Arbeitern, bei den Massen muß und wird er gut aufgehoben sein. Die Maifeier in der wirkungsvollsten Form halten, heißt den Gedanken der Arbeitsruhe damit verbinden. Eine wirkliche Feier ist nur möglich, wenn das Proletariat die Ertrümmer der Lohnsklaverei verlassen, wenn es den Riesenmechanismus der kapitalistischen Produktion feiertagsmäßig stilllegen kann. Und das muß planmäßig angestrebt werden. Nicht als eine unserer Grundforderungen, sondern als eins von den wirksamen Mitteln, deren wir zur Erreichung unserer Zwecke bedürfen.

Soweit über Sein oder Nichtsein der Maifeier. — Trotz der Meinungsverschiedenheiten wird auch unser diesjähriger Maientag auf den tiefen Grundton gestimmt sein, der nach der Tradition, der geistigen und der körperlichen Hebung der Arbeiterklasse gilt.

Den Achtstundentag fordern wir zum leiblichen und geistigen Wohl für uns, unsere Frauen und Kinder!

Den Achtstundentag fordern wir zur sittlichen Festigung unseres Familienlebens!

Den Achtstundentag fordern wir im Interesse der Volksbildung und einer wirklichen Moral!

Den Achtstundentag fordern wir zur vernünftigen Arbeit und Regelung der Produktion. Die menschliche Arbeit ist durch die raffinierteste Anwendung der Maschine ungeheuer ertragreich geworden. Dieser Ertragsreichtum dient aber nicht dazu, alle Bedürfnisse der Gesellschaftsmitglieder zu befriedigen, sondern er ist die Folge einer planlosen Warenproduktion zu dem Zwecke, dem Privatkapitalisten die Taschen zu füllen. Bei dieser Art der Produktion entsteht Ueberproduktion und dadurch Störungen des Geschäfts- und Erwerbslebens — die Krise bringt für das Proletariat namenloses Elend, wie wir es gegenwärtig mit schrecklicher Gewalt zu fühlen haben. Durch Verkürzung der Arbeitszeit können diese verderblichen Folgen der kapitalistischen Produktion in etwas gemildert, die industrielle Reservearmee kann verringert werden.

Wir fordern den Achtstundentag als die erste Vorbedingung für eine wirkliche Sozialpolitik vom Gegenwartsstaat.

Und neben diesen sozialpolitischen Forderungen verlangen wir im Einverständnis mit allen Kulturnationen der Erde die weitgehendsten Garantien für den Frieden der Völker. Der Barbarismus unserer Zeit zeigt sich am unverhülltesten in den militärischen Rüstungen der kapitalistisch-autokratischen Welt. Nicht auf den Waffen soll der Friede gestützt sein wie man in wahnwitziger Verblendung predigt, sondern in der gegenseitigen brüderlichen Achtung der großen Menschheitsfamilie, die keine Grenzen, keine wirtschaftlichen und geistigen Fesseln und keine mehr oder weniger verkappte Tyrannen kennt, liegen die wirklichen Garantien für den Frieden. Monarchien werden niemals diese Garantien bieten können. Darum heißt für uns die stürmische Forderung nach dem Weltfrieden auch zugleich Beseitigung des monarchischen Systems und Schaffung einer freien demokratisch-republikanischen Staatsverfassung.

So stellen wir denn am Ersten Mai soziale und demokratische Forderungen. Arbeit und Kultur sind uns untrennbare Begriffe, sollen von uns Sozialisten zu einer weltbewegenden Einheit geschmiedet werden!

Soziale Ziele und demokratische Forderungen — das ist sozialdemokratische Politik, das bedeutet den Kampf um die wirkliche Volkswohlfahrt.

Am Tag des Maiten, am Weltfeiertag der Arbeit, reichen sich die Proletarier aller Länder die Hände. Ihr Schwur, ihr unabänderlicher Wille, gilt der Befreiung des vierten Standes, gilt der neuen Zeit, der Epoche der Wiedergeburt des Menschengeschlechts!

In diesem Sinne feiern wir den Ersten Mai!
Hoch die Arbeit! Hoch der Sozialismus!

S.

Das drohende Wort.

„Ohne Erweiterung der Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten kommt die Reichsfinanzreform nicht zustande kommen“, in diesen entstellenden Sätzen, die eine lebhafteste Bewegung in der von Göttern zahlreich besuchten Finanzkommission hervorriefen, hat gestern der Reichsfinanzminister Sydom den Junkern endlich ein entscheidendes Wort zugerufen und die Frage der Aufhebung des Reichsstaats in die nahe Wirklichkeit gerückt. Zentrum und Junker — also 180 Stimmen des Reichstages — hatten sich vor dieser Sitzung darauf festgelegt, die Erbschaftsteuer durch die bekannte Wertwachstumssteuerordnung zu ersetzen, die erstere also abzulehnen. Beharren sie dabei, dann liegt es an den 43 Sozialdemokraten, ob die — wohl gemerkt: erheblich verschlechterte — Nachlasssteuer zur Annahme kommt oder die Regierung zum letzten Mittel greifen muß. Die Situation ist für den Block so unangenehm, wie für uns hochinteressant. Der Block kann sein Leben nicht mehr ohne die Sozialdemokratie führen, oder das steile Rückgrat der Junker muß, in diesen Fragen wenigstens, gebrochen werden. Die Genossen im Lande tun gut, sich auf alle Möglichkeiten einzurichten und die Organisationen wie ihre Kassen für einen überraschenden Feldzug bereit zu halten. Die Situation ist verfahren als je — nur ein Gewaltstreik kann sie scheinbar noch lösen.

Ueber die Freitagssitzung der Finanzkommission wird uns geschrieben:

Die Sitzung ist außerordentlich stark besucht. Namentlich sind vom Bundesrat eine sehr große Anzahl Vertreter anwesend. Wir nennen davon: Staatssekretär Sydom, Finanzminister v. Heine, Reichsbankpräsident Havenstein und eine große Anzahl Vertreter der Einzelstaaten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abgeordneter v. Camp (freik.) daß in der Presse die Stellung seiner Partei falsch dargestellt sei. Sie stehe der Wertwachstumssteuer prinzipiell grundsätzlich gegenüber, habe aber an der Erbschaftsteuer fest. Im keinen Fall könne die Wertwachstumssteuer als Ersatz für die Erbschaftsteuer abgelehnt werden. Ein freiwiliger Antrag verlangt die Erbschaftsteuer und eine Reichsvermögenssteuer.

Für die Konservativen erklärt Abgeordneter v. Richthofen, daß die Ministerien jedenfalls zu erklären seien, daß Reden nur noch für die Öffentlichkeit bestimmt seien, die Konservativen sind bei der Einbringung dieses Antrages nur konsequent geblieben. Die Auktion des Bundes der Landwirte habe sie in seiner Weise beeinflußt. Die Konservativen seien nicht genug, sie wollten dem Staate geben, was er braucht; aber sie können auf keinen Fall dafür eintreten, daß die Hinterlassenschaft befreit wird.

Abgeordneter Wiemer (reif. Vpt.) hält den Antrag der Konservativen für absolut unannehmbar. Verbesserungen an dem Antrage vorzunehmen, habe gar keinen Sinn. Die Zuwachssteuer gehöre in erster Linie den Gemeinden, absolut unumgänglich aber sei eine Wertwachstumssteuer auf Wertpapiere. Die Regierung wolle schliesslich den Entwurf einer Erbschaftsteuer in Verbindung mit einer Reichsvermögenssteuer einbringen.

Abg. Dr. Koeflitz versucht dann, den Antrag der Konservativen näher zu bezeichnen. Er will nur den mühseligen Gewinn getroffen wissen; eine Erbschaft sei aber kein mühseliger Gewinn, denn Frauen und Kinder müssen in der Regel mitarbeiten und haben deshalb den Gewinn mitzubekommen. Aus einem großen Zahlenmaterial, das auf seine Richtigkeit nicht nachgeprüft werden kann, weiß er nach, daß die Städte in der Hauptsache von der Wertwachstumssteuer betroffen werden müssen. Die Landwirtschaft bedürfte einer ganz besonderen Berücksichtigung. Die Rede des Abg. Dr. Koeflitz dauerte genau 1 1/2 Stunden.

Nach ihm ergreift Staatssekretär Sydom das Wort, der es ablehnt, auf die vorgebrachten Gründe einzugehen und sich nur auf die Wertwachstumssteuer beschränkt. Wenn auch nicht zu verkennen sei, daß viel für die Belastung der Immobilien spreche, so haben doch auf eine solche Steuer zunächst die Gemeinden den ersten Anspruch. Wenn es auch richtig ist, daß das Reich an der Wertwachstumssteuer ebenfalls Anteil hat, so stehen der einheitlichen Regelung doch sehr große Schwierigkeiten im Wege. Die Materie ist außerordentlich kompliziert, jedoch einträgliche Höhe der Steuerfrage geradezu unumgänglich ist. Wenn die Steuer für das Reich gemacht wird, dann muß ein ganz erheblicher Betrag den Einzelstaaten überwiesen werden. Die Regierung werde versuchen, einen Entwurf für die Wertwachstumssteuer für Immobilien anzubereiten, wenn auch nicht zu vergessen ist, daß ein Teil der Bundesregierungen sich gegen diese Steuer erklärt habe. Für eine Berechnung des Ergebnisses der Steuer fehlt es an jeder geeigneten Unterlage. Herr v. A. habe aus seiner Wertwachstums-

steuer in einem Jahre eine Million eingenommen, im zweiten Jahre 448.000 Mk. und im dritten Jahre infolge der aufsteigenden Konjunktur 662.000 Mk. Man kann demnach auf sichere Einnahmen aus einer solchen Steuer überhaupt nicht rechnen. Zudem kann die Wertwachstumssteuer der Landwirtschaftlichen Güter, die dem Postamt zu danken ist, steuerlich überhaupt nicht mehr gefaßt werden. Der Ertrag sei auch höchstens auf 20 bis 30 Millionen Mark zu veranschlagen, deshalb sei diese Steuer als ein Ersatz für die Erbschaftsteuer ganz unannehmbar.

Der preussische Finanzminister von Heinebogen trägt ein Statistisches vor, aus dem sich ergibt, daß die Wertwachstumssteuer in den preussischen Städten sich zwischen 3 und 25 Prozent bewegt. Der Gedanke der Wertwachstumssteuer ist zweifellos fundamental. Es hängt aber sehr viel von den Verhältnissen der einzelnen Gemeinden ab. Die Schätzungen der Konservativen sind auf alle Fälle zu hoch. Die Wertwachstumssteuer soll den Gemeinden einen Ausgleich bieten für den Verlust des Ertrags. Die Grundstücke steigen mit dem Sinken des Geldes, so daß nicht jeder Wertwachs einen Gewinn für den Besitzer bedeutet. Das Reich braucht sichere Einnahmevermittelungen, umso mehr als die Ausgaben höchsten nach unten hin schwanken. Von einer Reichsvermögenssteuer könne aber gar keine Rede sein.

Reichsbankpräsident Havenstein wendet sich gegen die Wertwachstumssteuer auf Wertpapiere, die für den Verkehr eine unerträgliche Belastung, für die Volkswirtschaft eine Schädigung und für die Administration eine undurchführbare Maßnahme sei. Der Gewinn aus Wertpapieren beruht auf kaufmännischer Täuschung, das Einkommen ist aber bereits durch die Einkommensteuer erfasst, so daß die Umsatzsteuer auf Wertpapiere eine Doppelsteuer des Vermögens und des Einkommens darstellte würde.

Staatssekretär Sydom geht aus den Ausführungen seines Vorredners die Konsequenzen, daß es möglich ist, eine Zuwachssteuer auf Immobilien einzuführen. Einen Ersatz für die Erbschaftsteuer könne diese Steuer aber nicht bilden. Eine Reichsvermögenssteuer sei abzulehnen, ebenso eine Umsatzsteuer auf Wertpapiere. Der Staatssekretär gibt dann folgende Erklärung im Namen der künftigen Regierung ab:

Es besteht Einigkeit im Reichstage darüber, daß von dem Besitz 100 Millionen Steuern geleistet werden sollen. Die Erbschaftsteuer genügt nicht. Die Lücke zu füllen, kann die Wertwachstumssteuer geeignet sein. Die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Gärten und Kinder sei eine unerträgliche Voraussetzung für die Finanzreform. Ohne diese Steuer kann und wird die Finanzreform auf keinen Fall zustande kommen.

Abg. Dr. Koeflitz erklärt namens der freikonservativen Partei, daß die Belastung der Grundbesitzer nicht von der Hand zu weisen sei. Seine Partei sei mit der Erbschaftsteuer einverstanden und wolle auch nur, daß die gegebenen Verhältnisse berücksichtigt werden.

Abg. Weber wendet sich gegen die Haltung der Konservativen, die sich von direkten Steuern abziehen wollen. Die Konservativen, die heute eine Wertwachstumssteuer verlangen, haben diese Steuer bisher immer bekämpft. Der Bund der Landwirte hat schon vor 2 Jahren die Wertwachstumssteuer als „sozialistisch“ bezeichnet. Die National-liberalen hätten an der Erbschaftsteuer fest und wünschen außerdem eine Wertwachstumssteuer auf Immobilien.

Gegen 2 Uhr wurde die Sitzung auf Freitag Vormittag 10 Uhr verlagert. Da die Plenarsitzung ansteht, werden sich die Beratungen der Finanzkommission bis zum Abend ausdehnen.

Die Situation nach diesen Erklärungen wird von unserem Berliner Mitarbeiter wie folgt aufgefaßt:

Wenn am Freitag wirklich, wie erwartet wird, der konservative Antrag, an Stelle der Erbschaftsteuer eine Wertwachstumssteuer einzuführen, in der Kommission bei Stimmenmehrheit fällt, und wenn die Regierung sich auf demselben sagen kann, daß dieser gefährliche Stoß gegen sie und ihr Werk um Haarsbreite vorbeigegangen sei, dann wird es merkwürdiger Weise die Sozialdemokratie sein, der die Regierung diesen Erfolg wird danken müssen. Durch diese Stellungnahme unserer Partei aber, wird verhindert werden, daß die innere Politik des Reiches in einen Zustand unbeschreiblicher Verwirrung gerät. Schon die bloße Enthaltung der sozialdemokratischen Vertreter würde bewirken, daß der konservative Antrag angenommen und die Regierung in einen wahren Abgrund der Verlegenheit gestürzt würde. Denn die Annahme dieses Antrages bedeutet nicht bloß den aller Voraussicht nach endgiltigen Fall der Erbschaftsteuer, sondern auch die Verschleppung der ganzen Reichsfinanzreform auf unbestimmte Zeit hinaus. Es läge wahrhaftig der Gedanke nahe, Herrn Sydom, auf dessen Anregung die sozialdemokratische Konferenz vom letzten Dienstag zurückzuführen ist, die Freude einer sozialdemokratischen Kommissionsabstimmung zu bereiten! Man hat ja die

Sozialdemokraten so oft aufgeföhrt, den deutschen Staat von den Fäden zu schütteln und nach Slavonien auszuwandern. Welche Verlegenheit würde sich der Minister mächtiger, wenn sich am Freitag in der Kommission in später in geeigneten Augenblicken im Plenum dieser Sozialdemokratie nach Slavonien reichlich vollziehe! Würde die Sozialdemokratie nach Muster des Zentrums rein taktische Politik treiben, so wäre die Blamage der Regierung. Sachen der Reichsfinanzreform noch viel gewisser, als sie ohnehin schon ist.

Fretlich selbst wenn der konservative Vorstoß gegen die Regierung mit sozialdemokratischer Hilfe abgewehrt werden sollte, wird man von einer Klärung der Situation noch weit entfernt sein. Vorläufig sagt die Regierung in der Frage der Erbschaftsteuer noch immer Ja, die Konservativen aber sagen viel deutlicher und bestimmter als noch vor ein paar Wochen Nein, und es ist nicht abzusehen, wie man zusammenkommen wird. Eine Blockmehrheit für irgend eine auf Kinder und Ehegatten ausgedehnte Erbschaftsteuer ist nicht zu beschaffen, und es würde es im Plenum auf die Haltung der Sozialdemokratie ankommen. Diese wird aber von den tatsächlichen Inhalt abhängen, den das Erbschaftsteuergesetz erhält, und so könnte es leicht kommen, daß die Brücke erst recht gesprengt wird, die zur Reichsfinanzreform führt.

Unser Presdebureau schreibt: Unentschlossenheit und Verwirrung auf der ganzen Linie — das ist die Signatur der gegenwärtigen Situation. Bald heißt es, der Reichstag wird aufgelöst, in der nächsten Stunde wird es ebenso eifrig vertreten. Jedenfalls ist es ein undankbares Geschäft, phlegmen zu wollen, was die nächsten Tage, ja selbst Stunden, bringen werden.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ finden, daß es drei Klänge der Presse gibt: Zunächst die, daß Block mehrheit. Das wäre dem Volk am ehesten ganz besonders schmerzhaft, denn es redet den Nationalen ins Gewissen mit der Versicherung, daß der Maschinerie des Herrn Blom für die Konservativen eine herbe Enttäuschung sein werde.

Als zweite Möglichkeit wird die Reichstagsaufhebung bezeichnet und als dritte Möglichkeit die, daß der Reichstag sich endlich zu sachlicher und positiver Arbeit entschließt, bei welcher die Regierung das größtmögliche Entgegenkommen bieten muß.

Krieckhoffer gestimmt ist die „Deutsche Tageszeitung“, sie weist den Nationalliberalen vor, daß der Kommissionsvorsitzende Abgeordneter Raake selber gegen die Erbschaftsteuer gestimmt habe. Wenn die nationalliberale Presse jetzt den Reichstag aufreißt, hart zu bleiben, so schaffe sie der Sozialdemokratie freie Bahn und stelle sich ihr als Schrittmacherin zur Verfügung.

Die „Germania“ ist hocherfreut, daß das Zentrum Gelegenheit bekommen hat, der Regierung keine Macht führen zu lassen. Das Blatt höhnt, daß es das Zentrum mit der Sprengung des Blockes darstellt so eilig habe. Es könne dem Zentrum nur recht sein, wenn das skandalöse Schauspiel, das der Block nur schon seit 2 1/2 Jahren vor der ganzen Welt aufführt, noch eine Weile andauere, damit der Block verdanke anständigen und urteilsfähigen Leuten gründlich vererbt werde.

Ueber die weitere Entwicklung der Dinge können wir unsere Leser erst in der Montagnummer unterrichten, die wichtigsten Entscheidungen ist jedoch die Herausgabe der Extrablätter vorgeesehen.

Als Förderung der konservativen Obstruktion kann nur angesehen werden, wenn heute in der „Schlesischen Zeitung“ Dr. Kurt von Eichhorn der Ansicht gegenkritisiert, daß eine Wertwachstumssteuer für Papiere unmöglich sei und den Nachweis für seine Behauptung durch einen vollständigen Besetzungswurf für die Reichsgewinnwachstumssteuer erbringt, der nicht weniger als 430 Zeilen umfaßt. Also eine gründliche Obstruktion.

Politische Uebersicht.

Weitere Beamtenrechnung. Wie die „Deutschen Nachrichten“ melden, ist der Oberbahnaufsichtsrat Lewonig, der Vorsitzende des ca. 10.000 Mitglieder umfassenden Eisenbahnaufsichtsratsverbandes, der auf dem ersten Deutschen Beamtenkongress das Referat über die preussischen Besoldungsvorlagen hielt, am Mittwoch durch

Die Schafotte.

Erzählung aus der englischen Revolutionszeit.
Von E. Mellenshausen.

Schien diese Frage dem Krümer besonders verhängnisvoll, oder war überhaupt ein Mißtrauen in ihm erwacht, und er bezog es vielleicht, seiner Junge vor einem Unbekannten diesen Kauf geklärt zu haben, genug, er dachte sich lange, ehe er, das Glas in der Hand haltend, und mehr mit dem Blick als mit den Worten, antwortete:

„Was der König tat, Euer Ehren? Ei, das mußte ja Euch gedungen sein, und wäre Ihr in den einsamsten Dörfchen zurückgegangen gewesen. Der folgende Sturz der überlebten Volkstugenden demüthigt den weisen Herrn. Ja, der ist, wenn man die zanzeln und lauwend hüßigen Stimmen nicht, so erkennt man das alte, lahme England nicht mehr. So viel der König, was uns wieder auf an Sang und Tanz zu erwecken, sein Post of Sports, Klaviermusik oder die Tanz-Plünge, wie wir es nennen, allein die Wahrheit zu sagen, Euer Ehren: mit dem Ball zu spielen, mit der Krabbspin zu spielen, die Klaviermusik zu spielen, die Klaviermusik zu spielen, das hat kein und ponders Dinge, die sich nicht durch ein fremdes Gemüth anbehalten lassen. Und euer Ehren — der Krümer schaute bedächtig an seinem Stuhlschenkel, und schielte mit langem Blick nach dem Ritter hinüber — die ich schlichter Weise die Sache aufhänge: Allengländs Volk will nun einmal traurig sein.“

Denn habe ich Ursache, mich einer großen Sympathie für Sie zu erweisen — sei der Ritter mit einem leichten jordanischen Kopfschmuck — denn auch ich bin traurig.“

Er schob sich, nach dem Ritter einen Blick gebend, daß er nicht, daß zu seiner Schließung zu begeben, und er dem Ritter näher, lächelte er voll und sah in die Augen und sprach:

„Mr. Ritter, empfangt meinen Dank über die mancherlei Aufmerksamkeiten, die Sie am Lauf dieses Abends mir entgegen haben. Ich würde mir gerne mit Ihnen unterhalten, doch ich allerdings die Macht habe, mich zu entfernen zu müssen, indem ich zu einem gewissen Stunden einige Geschäfte zu erledigen, mancherlei Schluß-Plünge und den besondern Anstoß anzuführen kann: ein kurzes, anfruchtbares, jungfräuliches Herz für Allengländs Volk zu geben. Wenn Sie mit dem Vergnügen machen wollen, mich in der City, wofür ich meine Wohnung zu wohnen gedachte, das

Euren Freunden über eins und das andere die vollkommensten Hinrichtungen zu geben. Ich versetze mich besser mit ehbaren Klugmännern, als mit dem heillosen Flaugenlichter der Kavaliere bei Hofe.“

„O, Euer Ehren, zu gültig — eine zu ausgezeichnete Gnade Euer hübschelle Einladung. Und es bedarf bei Euch keiner Hingebungen, euer Ehren! Ihr trägt die Reinheit des Bewußtseins, die Lauterkeit Eurer Bestimmungen in Eurem Gesicht geschrieben. Neben dem Eurer Worte ist eine Parolenkreise. So gewiß ich grün von blau und einer vollen Trüffel-Samt von Plüsch-Regen zu unterscheiden weiß: Ihr seid ein geborener Mann des Volkes! Ihr werdet auf einem Parlamentstisch von Euch reden machen.“

„Amen! Ich nehme Euer Worte in der Bedeutung eines heidnischen Götterzweiges!“

„Doch ein Nichtiges, euer Ehren, ehe Ihr begreift Eurer Nachsicht Euch von uns entfernt. Ihr habt uns die Hoffnung gegeben, Euren Namen zu erfahren.“

„Und den will ich Euch in keiner Weise vorenthalten, Mr. Ritter“ — versetzte der Ritter. — „Ich heiße John Pym von Brome.“

Er verbogte sich und folgte dem Ritter, welcher ihm mit einem rasigen Hingeblick über eine Hühenreihle von Treppe zu seiner Schlafkammer vortrat.

3.

„King Pym! King Pym!“ rief eine schrille Frauenstimme aus einer der Säulenhallen der Paulskirche nach zwei, in schwarzen Samt gekleideten Gemächern, von denen der eine rascher als sein nächstgelegener Nachbar sich wanderte und der rascher mit leuchtendem Lichte erhellte: „Was wünscht Ihr, gute Frau? Wozumal kann ich Euch dienen?“

„Mein Gemüth ist so unbeschreiblich gemüthig!“ — sprach die Frau, ein altes, gekrümmtes Mütterchen, deren weitgeöffnetes, kühnes Augenpaar betra hittern Ehemann der nahen Laterne aus einem verdoctrineten hölzernen Gesicht herborblitzte. „Es wird nicht eine Rederei geleitet von den Voten Gottes. Während der wadere Leighton verhandelt: die Feinde Gottes müssen ohne Erbarmen erstickt werden, England ist von allen Seiten her zu überfallen durch das Wort und durch das Schwert, sprechen andere: jeder Einzelne ist mit christlicher Sanftmut und Liebe zu überfallen. Wozumal soll die bestimmte Seele klammern bei solchen Händsprächen der Hölle und Hölle? Welche von beiden Seiten ist die Wahrheit? Eine

„Gute Frau“ — versetzte der Gentleman. „Versetzt Ihr Euch von dem Papst des Hofes? Ist es ihre Absicht, das freie, stolze England zu knechten und dem schönsten Boden Baals zuzuführen?“

„So wird es behauptet, so hört man es allenthalben aufrufen, auf den Straßen, wie in den Häusern.“

„Nun, ist das nicht Fingerzeig genug, meine liebe Mutter? Wer wird es schlingen Fleisch reich und nödrische Milch den Vätern und Ottern, statt nach dem nächsten Stein zu greifen und der giftigen Brut den Kopf zu zerhacken? Leighton ist eine Leuchte des reinen Glaubens. Seht auf ihn Euer Zuerst und Hoffnung. Rebt wohl!“

„Dank, dank, King Pym! — Es gehe Euch wohl! Der Himmel legne Euer Anstrengungen zur Erlösung dieses armen Englands!“ rief die Frau in den Besitz der rechten Meinung gelangte Frau dankbar, dem sah Entfernenden nach, welcher mit frohlichem Klang der Stimme seinen Gefährten antwortete: „Diese kleine Verzögerung hat Euch doch nicht ungeduldig gemacht, lieber Wenzelmuth?“

„Wo denkt Ihr hin?“ erwiderte mit dem leichtesten, feinsten Ton von Scherz, der zuwischen die gebarrlichten Reden steifester Seelen unterbricht, der andere. „Wir gelangen noch immer rechtzeitig zu der schönen Gräfin. Soeben sah ich den Wagen des prächtigen Herzogs nebst seinem Schwarm von Federn und Spitzen bedeckten Kellern nach dem Whitehall oder nach dem Palace Quays hinbrausen. Dann ist's immer eine gelbige Gemüthung, Euch in den größten wie in den kleinsten Dingen zuzuhören.“

„Denk von mir nichts Arges, lauter Thomas, versetzte Pym, indem Ihr mich ein so unsinniges, vernunftwidriges Orakel dem alten Zigeunerschlampe zuwerfen hörte. Die ich im Grunde des Herzens über Glaubensmeinungen denke, ist weniger meiner Freunde unbekannt — sie sind mit mir und besonders gleichgültig. Allein auf der anderen Seite erkenne ich mich als Oppositionsmitglied; das Volk rast gegen die Papisten und wer wird nicht die kluge Politik ansehen, es an diesem Stelle der Leidenschaft zu leiten und zu beruhigen?“

„Ihr schneidet Stelle aus jedem Holze, das macht Euren Charakter und Euer überlegenem Klugheit nur Ehre“, entgegnete der andere, auch habt Ihr in dem einen Jahre Eures neuen Parlamentslebens — nach allen Seiten hin durch Ernst und rasche Tätigkeit bemerkbar gemacht; als die größte Eurer Eigenschaften erkenne ich aber die wunderbare Gabe an, mit der Ihr bei jedem Anlaß und ganz seinen wunderlichen Meinungen gemäß mit dem Volke zu sprechen wißt.“

(Fortsetzung folgt.)

den Oberregierungsrat aufgefördert worden, innerhalb 24 Stunden den Vorklag des Eisenbahnenassistentenverbandes niederzulegen.

Bereitet die Regierung durch diese Maßnahmen Reichstagswahlen vor?

Der 500 Millionen-Prinz als Volksvertreter. Der Herzog Arenberg hat sich nunmehr seinen Wählern im Wahlkreis Lüdinghausen-Deikum-Warendorf durch eine Kandidatenrede vorgestellt. Wie die Zentrumsprelle meldet, hat er bei der Zuhörerschaft „lebhaften Anklang“ gefunden. Seine Auffassung motivierte der Herzog damit, daß das Zentrum eben das getreue Abbild eines geordneten Staatswesens sei, das alle seine Glieder, gleichviel welcher Stände und Berufe, mit gleicher Fürsorge umschleße. Da man offenbar glaubte, daß es unter den Versammelten Leute geben könnte, die das einem Herzoge, der nebenbei auch noch 500facher Millionär ist, nicht so ohne weiteres glauben würden, hatte man sich den Abgeordneten Wiebeberg als zweiten Redner verschrieben, der gleichfalls die „ausgezeichnete Vertretung aller Berufsstände“ durch das Zentrum feierte. Wie die Vertreter des Adels keine Kandidatur, die Kandidatur eines Arbeiters, unterschlagen hätten, so möchten jetzt auch die Arbeiter für den Herzog eintreten.

Wie das Zentrum und wie selbst solche Kandidaten, die das Zentrum für Arbeiterkandidaten ausübt, die Arbeiterinteressen vertreten, das beweist kläglich die Rede des Abgeordneten Bruns im preussischen Abgeordnetenhaus, in der er die Forderungen des sozialdemokratischen Abgeordneten bekämpfte, einer Gruppe von Kandidaten für den Reichstag zu gewähren für die 12 1/2 Millionen-Julage für die Herren Geisler hat das Zentrum natürlich einstimmig gestimmt! Ein weiterer Beweis, wie das Zentrum für die Interessen der Arbeiter eintritt, war seine Ablehnung des Antrages auf Neueinteilung der Landtagswahlkreise. Selbst den 6 „Arbeitervertretern“ des Zentrums war die Haltung des Zentrums, das durch seine Ablehnung die schändliche Entrechtung der städtischen und industriellen Arbeiter konservieren half, so schwachvoll, daß sie wenigstens für den Antrag auf Neueinteilung stimmten. Dieselben Leute aber, die durch ihre eigene von der Haltung der Fraktion abweichende Abstimmung bewiesen, wie wenig das Zentrum die Interessen des Proletariats wahrnimmt, besitzgen dann in Volksversammlungen die Sitten, die „Arbeiterfreundlichkeit“ des Zentrums zu preisen!

Sachsens Gewerbevereine und sozialdemokratisches Schweineglück. Die deutschen Gewerbevereine Sachsens sind von der günstigen Konjunktur besser unterrichtet, als ihre Drahtzieher. Eine Konferenz dieser Vereine nahm zur Reichsfinanzreform folgende Beschlüsse an:

„Der Reichstag der deutschen Gewerbevereine erkennt die Notwendigkeit einer gründlichen Reform der Reichsfinanz. Die nationale Arbeiterschaft ist bereit, den Forderungen zu entsprechen, die zu einer Sicherung der Finanzen notwendig sind. Sie protestiert aber mit Entschiedenheit gegen alle oder doch der weitaus größte Teil der direkten Steuern, die auf die Arbeiterschaft übertragen werden sollen. Die Belastung mit indirekten Steuern ist heute so groß, daß mit Recht verlangt werden kann, daß ein Teil der direkten Steuern auf dem Wege der Reichsfinanzreform, Erbschafts-, Vermögens- und Vertriebssteuern aufzubringen. Eine Reichsfinanzreform, die auf anderer Grundlaage beruht, ist arbeiterschaftlich und fördert nur das Schweineglück der Sozialdemokratie.“

Das haben wir trotz der Entschiedenheit der Gewerbevereine. Uebrigens haben sie, in Konsequenz ihrer Entschiedenheit, wenig Recht zum Protest. Wollen sie doch, daß ein Fünftel aller Steuern indirekt aufgebracht werden sollen. Das würden rund 100 Millionen sein, die das arme Volk zahlen soll. Was Reichstagspräsident von ihnen unterschreibt, ist also nur die Höhe der Steuern, die sie den Armen aufbürden wollen. Das ist keine Arbeiterpolitik!

Die vier angeforderten Sanitätsmandate der Sozialdemokraten. Am Freitag, den 30. April tritt die Wahlprüfungskommission des preussischen Abgeordnetenhauses zusammen. — Auf der Tagesordnung stehen in erster Linie die Wahlen unserer Genossen Dorgmann, Heimann, Pirich und Hoffmann.

Beamte mit sozialdemokratischer Gesinnung. Die Effener Arbeiterzeitung hatte mitgeteilt, daß am 1. Mai in die Redaktion dieses Blattes ein bisheriger Stadtklassenverband aus Essen eintreten werde. Der Oberbürgermeister veranlaßte eine Untersuchung und entdeckte den Beamten des Amtes, als sich die Wahrheit der Meldung herausstellte. Unser Bräuderlein weiß darauf hin, daß die städtische Verwaltung auch jetzt noch keineswegs sozialfeindlich sei, wie man anzunehmen scheint. In die Herzen und Köpfe kann man nämlich nicht gucken — wenn man das könnte, würden die Staatsbürger manche Ueberraschung erleben!

Zur Reichsversicherungsordnung. Es wird berichtet, daß im Reichsamt des Innern die Spezialbegründungen zur Krankenversicherung (Buch II) und zur Unfallversicherung (Buch III) bereits fertiggestellt, bis Mitte Mai werden auch die Spezialentwürfe an den übrigen Behörden vorliegen. Sie werden je nach der Fertigstellung den Bundesregierungen übersandt werden. In einigen Wochen werde daher die erste Lesung im Bundesrat beginnen können. Die erforderlichen Uebereinstimmungen sind in wenigen Artikeln zu einem besonderen Einigungsprotokoll zusammengefaßt, das zunächst im Entwurf das preussische Staatsministerium beschäftigt wird.

Die Getreuen aus Kaufbeuren. In dem Bestreben, den Anschein zu erwecken, als ob man in ganz Deutschland förmlich begehrt sei von der Steuerpolitik des Fürsten Bülow, führt sein Organ, die „Norddeutsche Allgemeine“, fort, Vertrauensmänner zu verschleimen. In der breitesten Weise wird eine solche Kundgebung behandelt, die am Sonntag in Kaufbeuren erfolgte. Kaufbeuren ist ein Flecken in der Nähe der russischen Grenze, der 1903 Einwohner zählt. Man wird zugeben müssen, daß diese Kundgebung etwas weit hergeholt ist; denn Kaufbeuren gehört zu den Orten, die den meisten Leuten in Deutschland unbekannt sein dürften. Es steht zu erwarten, daß der Moniteur des Fürsten Bülow in den nächsten Tagen auch mit Kundgebungen aus Bortshede und aus Posenmelk paradiert wird.

Ausland.

Weiteres vom französischen Parteitag. Aus der Herbe-Debatte folgte als nächste Auseinandersetzung von größerem Interesse die Debatte über die Haltung der befallenen unter der Chefredaktion des Genossen Jaures stehenden „Humanité“. Den verschiedenen Seiten wurde dem Blatte Mangel an revolutionärer Energie zum Vorwurf gemacht. Es habe zum Beispiel nicht genügend kräftig die streifenden Postbeamten verteidigt. Genosse Larzacrat, ohne unbedingt die Haltung der „Humanité“ zu billigen, hat auch er bisweilen größeres Maß revolutionärer Energie wünschen möchte, doch sehr entschieden den Tadeln entgegen, und hob hervor, daß bei dem Poststreik und auch sonst die „Humanité“ sich ihrer Pflicht getan habe.

Die Agrardebatte, die am Nachmittag des zweiten Verhandlungstages unter dem Vorhitz des Genossen Croisier begann, nahm auch noch die ganze Nachmittags- und Abendzeit ein, die unter dem Vorhitz Delors und der Genossin V. Lafargue, bekanntlich der Tochter Karl Marx, stattfand. Die Meinungen traten sich scharf entgegen. Den Befürwortern dieses besonderen Agrarprogramms wurde entgegengehalten, daß es gefährlich sei, zu den Landarbeitern in einer anderen Sprache zu reden, als zu den Industriearbeitern, und die unbedingten Anhänger der kleinbäuerlichen Bewegung wurden auf die Gefahr hingewiesen, die für eine sozialistische Partei im Konkurrieren mit Reaktionen aller Schattierungen um die kleinbäuerlichen Stimmen liege.

Dem französischen Parteitag wurden unter anderem zwei bedeutende Kundgebungen übermittelt. Das Zentralkomitee für Wahrung der Koalitionsfreiheit ersucht den sozialistischen Parteitag um scharfen Protest gegen die Beamtenmaßregelungen des Ministeriums Clemenceau und gegen die radikale Kammermajorität, die diese Maßregelungen gebilligt hat, um eine energische Manifestation zu Gunsten der Wiedereinstellung der gemäßigten Beamten und um eine nachdrucksvolle Kundgebung für uneingeschränktes Koalitionsrecht inklusive Streikrecht der Staatsangestellten. Der Verband der Lehrer und Lehrerinnen ersucht den sozialistischen Parteitag, gegen die Maßregelungen der Lehrer und für die Wahrung der staatsbürgerlichen Rechte der Angestellten nachdrücklich Stellung nehmen zu wollen.

Am vierten Verhandlungstage wurde die Debatte über die Wahlaktivist fortgesetzt. Die überlebende Mehrheit der Mehrheit wendete sich scharf gegen Jaures, auch nur indirekte Zusammenhänge mit den Radikalen. Die Genossin Madeleine Pelletier unternahm einen neuen Vorstoß gegen den Parlamentarismus im allgemeinen, der nach ihrer Behauptung der Partei neue Freunde und Mitarbeiter beschaffen werde. Gerade, der frühere eifrige Blodarbe, befürwortete die von der Majorität der Seine-Föderation gestellte Resolution, welche unbedingtes Aufrechterhalten der sozialistischen Kandidaturen bei dem zweiten Wahlgange fordert, einerseits, um welche gegnerische Kandidaturen es sich handelt. Weder zu Gunsten radikaler noch radikal-sozialistischer, noch sogenannter unabhängiger Kandidaturen sei eine Ausnahme zu machen. Gerade verteidigte aber im Gegensatz zu Guesde seinen Antrag nicht mit dem Charakter der sozialistischen Kampfes, sondern mit der Umwandlung der radikalen Partei, die zu einer imperialistischen geworden sei. Demgegenüber hob Guesde hervor, daß die radikale Partei geblieben sei, was sie stets war: eine Vorposten der bürgerlichen Gesellschaft. Nur ihre Kampfmethoden seien andere geworden. Für die Bretonische Politik der Selbstfinanzierung des linken Blocks erhoben sich nur wenige Stimmen. So trat Vailant (Pars de Calais) für ein Zusammengehen mit den Radikalen auf Grund von Gegenseitigkeitsverträgen ein. Andere Delegierte gaben zu erkennen, ob man nicht die Radikalen auf ein sozialistisches Mindestprogramm verpflichten könne und wieder von anderer Seite sah man in dem erwähnten Schreiben des radikalen Parteivorstandes den Beginn der Ablehr der radikalen Partei von Clemenceaus Bahnen. — Jaures und wesentlich auch Vailant übernahmen die Vermittlung von Rechts und Links, wobei jedoch Vailant mehr nach Links, und Jaures mehr nach Rechts neigte. Jaures fand es außerordentlich befremdlich, daß bei dem Kandidatenverfahren der radikalen Kammermehrheit den Genossen die Gebuld ausgehe und Bretons Blod-Regelung wenig Anhänger finde. Andererseits aber auch würde es den wahren Interessen des Proletariats zuwiderlaufen, wenn man nach Art der Genossin Pelletier die republikanische Staatsform als völlig gleichgültig für das Proletariat betrachte. Ihren republikanischen Charakter dürfe die Partei nicht verlieren. Die Resolution von Chalot, die den einzelnen Föderationen freie Verfügung über ihr Verhalten beim zweiten Wahlgange läßt, bleibe auch für die nächsten Wahlen die beste Direktive. Vailant war ebenfalls im allgemeinen für Aufrechterhaltung der Resolution von Chalot, wünschte aber eine schärfere Fassung derselben, die jedoch erst am nächsten Parteitag vorgenommen werden solle. — Um es gleich vorweg zu nehmen: Kurz vor Schluß seiner Verhandlungen beschloß der Parteitag einstimmig die vorläufige Aufrechterhaltung der Resolution von Chalot und vertwarf mit großer Mehrheit (564 gegen 51 Stimmen) den Antrag der Seine-Föderation auf obligatorische Aufrechterhaltung der sozialistischen Kandidatur beim zweiten Wahlgange. Inzwischen waren die persönlichen Kontakte im Sinne der Versöhnlichkeit geschlichtet worden. Der Genosse Degay, der, obwohl regulär organisiertes Mitglied der geeinigten Partei, Radikalisches des Arbeitsministers und „unabhängigen Sozialisten“ Viviani ist, außerdem aber für die geeinigte Partei im Département Pars de Calais kandidiert, wurde aufgefordert, zwischen seiner Kandidatur und seinem Amte zu wählen. Die Ausschlußanträge gegen Broussé, Breton und Varanne (wegen ihrer Abstimmung beim Poststreik) wurden aus formellen Gründen an die Föderationen ihrer Wahlkreise zurückverwiesen, die Anträge auf Ausschluß Herbes durch Uebergang zur Tagesordnung (beantragt von Vailant) erledigt. Delors besteht in dessen seiner Föderation das Recht vor, bei einem neuen Disziplinbruch Herbes den Ausschlußantrag zu erneuern. Herbe wurde auch wieder in die Parteiführung herein gewährt. Die Entscheidung über die Agrarfrage wurde dem nächsten Parteitag überlassen.

Werter gegen die russische Intervention. Aus Diskuta wird gemeldet: Am 26. und 27. April betrat die Hauptkassette des Generals Suarski das russische Gebiet. Am 26. April wurde eine Kolonnenpatrouille im Gnapas von Doradiz, 23 Werst von Schkufsa von persischen Truppen beschossen. Diese stellen kategorisch kriegerische Absichten in Abrede, erklärten aber, sie würden die Kolonnen nicht durch den Gnapas lassen. Die Kolonnen trafen Abends im Lager, 20 Werst von Schkufsa wieder ein. Einen Kolonnen, den die Werter beim Gnapas gefangen nahmen, ließen sie wieder frei und landeten ihn in das Lager mit der brieflichen Meldung zurück, sie hätten irrtümlich auf die Kolonnen gefeuert, die sie für verkleidete Revolutionäre gehalten hätten.

Arbeiterbewegung. Ein Innungsmeister. In Gnanay ist gegen den Obermeister Schindler ein Verfahren eingeleitet worden. Er soll 5000 Mark Innungsgelder veruntreut haben.

Gewerbegerichtswahlen in Heidelberg. Bei der am 27. April stattgefundenen Gewerbegerichtswahl, der ein scharfer Wahlkampf vorausging, wurden die Kandidaten der sozialdemokratischen Gewerkschaft gewählt. Die Liste der Gewerkschaftstaktis wurde 64 Mal abgegeben. Die christliche Kirch-Dundrische Liste erhielt 259 Stimmen.

Glaskarwerker-Ausstand. In der Dampfsägen 700 Glaskarwerker im Streit, weil der bisherige Vorstand abgewählt und nicht wieder ernannt worden ist. Es kommen 5 Spiegel- und Tafelglaskarwerker und 7 Glaskarwerker in Betracht.

Knopfmacher-Aspiration in Deutschland. In der Schneider-Knopffabrik in Frankenthal am Rhein wurde sämtlichen Arbeitern gekündigt, da diese sich weigerten, einen vom Fabrikanten unterzeichneten Lohnzettel anzunehmen, der bedeutende Lohnminderungen enthielt. Diese Lohnverschlechterungen glaubten die Unternehmer bei der Einführung neuer Maschinen mit einzuschmuggeln. Von den 20 dort beschäftigten Arbeitern sind alle bis auf zwei organisiert.

In der Voigt'schen Knopffabrik dauert der Streit seit bereits zehn Wochen ununterbrochen fort. Hier streiken etwa vierzig Personen.

Aus Schlesien und Posen.

Canth, 30. April. Zu Tode gewalgt wurde auf der väterlichen Besichtigung unweit Beterwitz der 16 Jahre alte Gutbesitzer Sohn Paul Simon. Die Pferde schrien während der Bestattung des Felbes. Simon stürzte von seinem Sitz und kam unter die Walze, die ihn zermalmete.

Freiburg, 30. April. Aktion! Partei- und Gewerkschaftsmitglied! Der Raffineriemagazin ist von der Behörde genehmigt worden. Die Auffstellung erfolgt Sonntag, den 2. Mai, Mittags 1 Uhr bei der Mark'schen Brauerei, Schweidnitzerstraße. Der Abmarsch erfolgt pünktlich 1 1/2 Uhr. Der Zug bewegt sich durch die Schweidnitzerstraße, über den Neumarkt, Nikolaistraße, Ring, Landeshüterstraße bis zum Gashof „zum grünen Adler“. Dort löst sich der Zug auf, da von der Volksitzung die Genehmigung versagt worden ist! Genossen sorgt dafür, daß sich der Festzug zu einer imposanten Demonstration gestaltet.

Reichenbach, 30. April. Beim Rettungswerk verbrannt. Ein mächtiges Schadenfeuer wütete in Nieder-Weigelsdorf. Der Brand entstand auf der Dinterschen Besichtigung und verbreitete sich mit rasender Schnelligkeit. Mit Ausnahme des Wohnhauses standen in kurzer Zeit sämtliche übrigen Gebäude über und über in Flammen und brannten vollständig nieder. In den Stallungen verbrannten Pferde, Schweine und Federvieh. Der im Nachbarhause wohnende Forstarbeiter Friedrich beteiligte sich wader an den Rettungsarbeiten. Er wurde jedoch von den Flammen umzingelt und verbrannte. Seine Leiche konnte bisher nicht gefunden werden. Die Entstehungsurache des Feuers ist noch nicht ermittelt.

Malsbühl, 30. April. Großfeuer. Gestern Nachmittag geriet hier die Fischer'sche Mälzerei in Brand. Das Feuer arbt über auf die Besichtigung von Ueberlein und die beiden großen Wirtschaften brannten völlig nieder. Mälzereibetrieb sind nicht zu beklagen, dagegen sind bei Ueberlein 2 Schweine verbrannt.

Striegan, 30. April. Unglücksfall. Auf dem hiesigen Hauptbahnhof blieb der Rangierer Paul Hahn aus Stanowitz in dem Moment mit dem rechten Fuß in einer Weiche hängen, als eine Lokomotive nahe. Der Fuß wurde ihm zermalmt und mußte amputiert werden.

Marlissa, 9. April. Von der Dreistaltbert. Infolge der rasenden Schneeschmelze ist jetzt das Staubecken mit über elf Millionen Kubikmeter gefüllt, so daß auch ein Teil des von der Provinz angelegten Weges, der von Douritzen sehr viel begangen wird, unter Wasser steht. Eine Ueberlegung dieses Teiles wird der Mälzereibergverein erstreben. In der elektrischen Zentrale wird jetzt an den Montierungen der 4. und 5. Turbine fleißig gearbeitet, so daß von Mitte Mai an sämtliche Turbinen zu je 700 Pferdekraften im Betriebe sein werden. Auch der neue dritte Umlaufhollen zur erhöhten Wasserversorgung zur Zentrale ist fertiggestellt. Gegenwärtig findet schon von hier eine Stromabgabe nach dem Waldenburger Gebiet statt.

Neustadt O., 20. April. Der Wert der „Selben“ Ueber die gelben Gewerkschaften sprach letzthin Genosse Gennow-Breslau in einer Versammlung im hiesigen Gewerkschaftshaus. Nachdem er das Entstehen dieser Sorte von Gewerkschaften und ihre „stuchbringende“ Tätigkeit des näheren beleuchtet hatte, gab er ein treffendes Bild von den Fährern derselben. Des Weiteren zeigte er, was für ein großes Interesse die Unternehmer an diesen Gewerkschaften haben und wie die Arbeitgeber die allgemeine wirtschaftliche Krise benutzen, um Arbeiter in diese Organisation zu zwingen. In der Diskussion kam ein Artikel aus dem christlichen „Leberarbeiter“ zur Besprechung, welcher außer anderen lächerlichen Äußerungen noch die Behauptung aufstellte, daß die freiwirtschaftlichen Schuttmacher trotz ihres langjährigen Bestehens noch nicht für ihre Mitglieder erreicht hätten, während die „Christlichen“ noch kaum fünfzig Mark Bestehen das Lohn der Schuttmacher schon um 0,50—1,50 Mark in die Höhe gebracht hätten. Das ist natürlich, wie festgestellt wurde, blanke Erfindung, und der Artikel ist plump genug, um nicht erlernen zu lassen, welchen Zweck er dienen sollte, nämlich die von 250 auf 80 Mitglieder zusammengeschrunge Organisation der Christlichen wieder auf die Beine zu bringen.

Posen, 30. April. Die Kompanielasse beranbt und daun defertiert. Während der Stallwache entkam am Donnerstag Morgen ein Soldat des hiesigen Train-Bataillons aus einem verschlossenen Kasten, der auf einem Korridor steht, den Schloß zu der Kasse, in welcher die Kompanielasse aufbewahrt werden. Er ging nach dem betreffenden Bureau, erbrach dort einen Schrank, nahm die Kasse, die mehrere hundert Mark enthielt, an sich und flüchtete. Auf dem Grenzplatz fand man später die leere Kasse wieder. Trotzdem sofort die Verfolgung aufgenommen wurde, ist man seiner bis jetzt noch nicht habhaft geworden.

Wißler (Posen), 27. April. Typhus und Polzei-Säbel. Unter den auf dem Anstadelungsstube Groß-Eltingen beschäftigten ca. 60 russischen Arbeitern brach Typhus aus. Einer der Arbeiter starb nach seiner Ueberführung in das Wirtshaus Krankenhause. Auf Grund der Untersuchung wurden acht andere Arbeiter ins Krankenhaus überwiesen. Bei der Desinfizierung der Räume reaktivierten angeblich die Mücken. Der hebelgerausen Gendarm zog blaun und machte wieder Ordnung.

Arbeitsminister Schuler. — Redaktionen und Verleger des „Arbeiterboten“ 20. — Brief von Oskar Schuler. — Druck von Th. Schuler, S. m. S. G. — Schmidt in Dresden. — Druck 5 Schloß.

Wer seine Zeitung pünktlich haben will,

muß eines in erster Linie beachten: Die genaue Angabe seiner Wohnung! Wer nun am 1. Mai vorläßt, tut aut daran, folgenden Schein genau auszufüllen und der Zeitungsfrau mitzugeben:

Bestehende Wohnung:

.....

Wo wohnen Sie nach dem 1. Mai?

.....

Vor allen Dingen veresse man nicht, seinen Vor- und Nachnamen auf die folgende Linie zu setzen:

.....

Wer hier ist, erhält pünktlich seine Zeitung in die neue Wohnung.

Stadt-Theater.

Freitag 7 1/2 Uhr
„Die Jungfrau von Orléans“.

Lobe-Theater.

Freitag 7 1/2 Uhr
„Meister Theodor“.

Thalia-Theater.

Sonabend
„Zwischen Ja und Nein“.

Schauspielhaus

Freitag 8 Uhr
„Männliche Komödie“.

Liebt's Stablisement.

Eröffnung des Dresdener Sommer-Theaters.

Viktoria-Theater.

Gastspiel
Folies Caprice

Zeltgarten

Ph. H. Krausnik.

Ringkampf.

Der spannensten Stämpje.

Strenges

Entscheidungskampf

Eröffnung

des prächtigen Gartens

Spezialitäten.

Sonntag vormittag:
Matinee mit Ringkampf.

Palmengarten

Ph. H. Krausnik.

Rosenfest

in Nizza.

Pragidekorationen.

Entrée frei.

Neue Kapelle.

8 Pf. Reformier 8 Pf.

Verlangen Sie bitte Bier

der Breslauer Union-Brauerei.

Neuheiten in Kleider- und Blusenstoffen

Fertige Blusen = Kostümröcke = Jupons

J. Mamlok

Kupferschmiedestraße 42.

Probierer
FULDE
KULMBACHER
GER
BRAUEREI M. FULDE

Beliebt

bei jeder ist die allein echte
Eledapferd-Bienenmilch-Feige

Arbeit-Stadtfahr-Verein Breslau
Sommer für Monat Mai 1909.

Anzüge nach Maß
von 22 Mart an

J. Bialas, Schneidermstr.
Cochstraße 7, I. Etage.

Fahrräder
Zwecks Reklame

Künstliche Zähne
in Gold mit künstl. Wurzeln

Strohüte
für Damen, Herren und Kinder

Rohtabak-Handlung
G. Wutke, Josenplatz 4.

Mienfong-Essenz
einmal 12 Pf. 24 Pf. 36 Pf.

Möbel
Spiegel
Politerwaren

M. Eisinger
Friedrichstraße 2, I.

Sieben öffentliche Versammlungen!

Tagesordnung: „Der 1. Mai und die Arbeiterklasse“.

Abtschrift.
In der Privatklagesache

des Verginvalden August Wende in Altwasser, Privat

ohne Lötstelle aus einem
Stück gestanz.

Paul Alter
Kupferschmiedestr. 10.

Blinden-Verein „Eintracht“, C. V. Breslau

O. Ulbrich, Gräbfgenerstr. 116, St. I.

Der Vorstand.

Geübte Blätterinnen
sucht zum sofortigen Eintritt

Priessnitz-Bad
Neue Casse 11 - (Telephon 7244)

Damen-Hüte
A. Lukaschek, Friedrich-Wilhelmstrasse 59.

Plattfuß-
Eugen Weisshuhn, Breslau 8.

Dresdener Nachrichten.

Dresden, den 30. April.

Geschichtskalender.

1. Mai.

1878 Der Afrikanische David Livingstone in Zentralafrika t.
1889 Der Pariser Arbeiterkongress stiftet den Weltfeiertag der Arbeit.

2. Mai.

1619 Der italienische Künstler Leonardo da Vinci t.
1849 Mai-Aufstand in Dresden.
1864 Der Komponist Giacomo Meyerbeer t.

3. Mai.

1489 Der italienische Staatsmann und Geschichtsschreiber Machiavelli t.
1761 Der Schriftsteller August Reber in Weimar t.

Die Arbeit.

Der Generalstreik der Natur ist beendet. Flott und frohlich ist ihre schaffende Kraft wieder am Werk, seit der Scharfmacher Winter überwunden und Frau Sonne den Arbeitsraum freundlich...

Und als Fest der Arbeit begeht auch das Volk der Arbeit den 1. Mai.

Aber ist denn die Arbeit etwas, was Bestimmung zu erzeugen vermag? Wohl ist sie die Schöpferin des Guten und Schönen, die Quelle aller Kultur. Aber ist sie nicht gleichwohl eine Last, eine Dual, der man zu entinnen sucht, so sehr man kann? Ist nicht das procul negotiis („Reich aller Tüchtigkeit“), das dolce far niente („Süßes Nichtstun“) das viel ersehnte Ideal? Winkt nicht das Drohnenrum, das Schlaraffenland derer, die von ihren Renten leben, gleich einer Insel der Seligen?

Und doch singt ein Dichter, unser Genosse R. Seibel:

„Arbeit ist das Stiergesumel,
Das Verirren trübend lacht.
Arbeit lichtet selbst das Dunkel
Eines Geistes, der in Nacht.
Arbeit läßt die Pulse schlagen
In Gesundheit, Kraft und Mut.
Arbeit bannet der Seele Jagen
Und entflammt des Herzens Blut.“

Möchte nicht schon den Balsam empfinden, der aus Arbeit und Trübsal, aus der Arbeit, die nicht vom Zwang, sondern aus der Lust am Wirken...

„Zum ersten Mal genießt der Geist,
Erquickend ruhiger Frieden,
Die seine Güter nicht in sein Wesen reißt,
Die im Genuße nicht verfliehn.“

Aber einen ganz anderen Charakter als die spontane, von inneren Impulsen angepörrte, der Neigung ausagende, dem Können entsprechende und mit ihren Früchten lohnende Arbeit — hat ihre

Arbeit, die Arbeit, wozu die bittere Not den Knechtbestigen aufgetrieben und die nicht allein an sich jedes Neiges entbehrt, sondern auch keinen Ersatz bietet für ihre Mühen und Gefahren, weil andere den Spieß einsammeln, welche der Fleiß erzeugt.

Das war die Arbeit der Sklaven im Altertum, der Halb-Sklaven in der Feudalzeit, das ist zum großen Teil auch die Arbeit der Lohnproletarier der Neuzeit: Die Arbeit in ihrer verkommensten Form, „Verkauf in Knechtsgefaß.“

Die Dira necessitas (harte Notwendigkeit), der Kampf ums Dasein, die Produktion, zwingt die Menschen zu vielerlei Arbeiten, die ihnen widerstreben. Aber anstatt sich in die Mühen wie in den Ertrag rechtlich zu teilen, hat sich jener verhängnisvolle Klassendualismus herausgebildet, welcher den Massen die Lasten und Widerwärtigkeiten der Produktion im Uebermaß aufbürdet und dem anderen Teil, Minoritäten, die gar keine oder nur sehr leichte und geringe Produktionsarbeit leisten, erlaubt, die spolia opima (beste Beute) des Arbeitertrages einzubehalten. Untereinander aber kämpfen die Glieder und Gruppen dieser Minoritäten um die Quoten an dieser den Massen abgezogenen Beute und in diesem blutigen oder raffiniert geführten Kampf erschöpft sich größtenteils, was sie Arbeit nennen, dieses hehre Wort schnell entweihend.

Und mit der wirtschaftlichen hat jener eine Teil, haben jene Minoritäten auch die politische Macht an sich gerissen, vermöge welcher sie in Gemeinschaft mit der Klassenstaatsleitung den Massen auch die Rechte entziehen, verkümmern und verflummern, sie verflaven.

Ein höchst absurd der Gesellschaftszustand: Eine Störung des gesellschaftlichen Gleichgewichts, die in der kapitalistischen Periode die Grenze der Unerträglichkeit für die Massen erreicht hat, während gleichzeitig der Ertrag der Arbeit ins Fabelhafte gewachsen ist!

„Wie die goldnen Früchte quellen
Aus des Ueberflusses Horn!
Wie in Strömen überschäumend
Sich ergießt des Segens Born!
Aber nicht für ihn, der solches
Wirkel, ist gedeckt das Mohl:
Sklabendienst er muß verrichten
Dem Eurypheus Kapital.“

Er, nämlich der proletarische Herkules, wie sein mythologisches Vorbild dem König Eurypheus von Mkene.

Aber der geknechtete Herkules des Proletariats hat sich aufgerrast, im Gefühle seiner Kraft sich mächtig emporzusetzen, die Sehnen kampfgestraft, mit dem drohenden Hammer des Klassenkampfes an der Feste gepoßt, um seinen Platz zu erobern an der üppig bestellten Tafel, von der seine orgiastisch prassenden Vergewaltiger ihn verstoßen und verbannt.

„Jener hat das Joch zerbrochen
Und beendet seine Fron:
In Olympos Götterhalle
Zraf bekreut Atmenens Sohn:
Also ringt, sich selbst befreiend,
Kämpfend um ein herrliches
Welterlösungsziel die Arbeit.
Der moderne Herkules.“

Eine Herkulesarbeit freilich, dieses glorreiche Ziel zu erreichen. Einer Herkulesarbeit schon bedurfte es, die Köpfe der proletarischen Massen aufzuhellen, das künstlich erzeugte Dunkel und die Zerklüftung daraus zu scheuchen, die zerpfitterten und einander kreuzenden Strebungen in einem großen und starken Willen zu einen, Tausende, Millionen durch die Organisation zusammen zu schweißen zur imposanten Armee des Klassenkampfes, die bereits beträchtliche Strecken vorgerückt ist,

wichtige Positionen genommen und ansehnliche Drefchen gelegt in die feindliche Veste; deren Bataillone von Jahr zu Jahr anschwellen und in unaufhaltbarem Siegessturm vorwärts marschieren; und deren Reihen um so rascher und gewaltiger anzuwachsen werden, deren Schlagkraft zu verpörrter Ducht sich konzentriert wird durch den Leid der Feinde auch ihrerseits sich zu vereinen, ihren Unzufriedenheit gegen die proletarische Befreiungsbewegung und dem erwachten sozialen Geist gleichfalls zu zentralisieren.

Den Sozialismus in seinem Vordringen

hält auch der Scharfmacher nicht auf.

Früher oder später muß der Gegensatz der Interessen offen, der ja das kapitalistische Prinzip, ihn sprengen; wogegen das sozialistische Prinzip, die Interessengemeinschaft, die proletarischen Scharen immer fester aneinanderkettet und teilt. Und je zügelloser das verbündete Ausbreitertum ins Zeug geht, desto beschleunigter muß der Unverstand jener vielen, allzu vielen in die Brüche gehen, die jetzt noch sich behindern lassen von dem Wolk, der die Garberobe der Großmutter angelegt hat, wie im Märchen vom Kottschöpfen.

In dem Fels und Hart der proletarischen Organisation, an dem die Macht des großen Despoten vor vierzehn Jahren zerfchelt ist, wird auch die der kleineren Despoten und Despotinnen zerfchellen.

Von dieser Zukunft erfüllt, begehrt heute das deutsche Proletariat das Weltfest der Arbeit, das zugleich ein Fest der Organisation, ein Freundesfest über ihr prächtiges Wachstum und herrliches Gelingen, über die Erleuchtung der einst Verblödeten, die Erfarung des vormals Schwachen zur Weisheit, die Gewalt niederzwingenden Macht, also daß sie — um mit dem Propheten zu reden — die Felle gespreizten wie der Adler, vorwärts schreiten und stürmen kann werden; denn siehe — fährt der alte Seher fort — so sollen zu Speiß und zu Schanden werden, alle wider die Entbrannt.

Stadterordneten-Versammlung.

Fast sah es aus, als sollte die ganze lange Tagesordnung der gestrigen Stadterordnetenversammlung in einer anderthalbstündigen Sitzung erledigt werden, da setzte um 5 1/2 Uhr eine keineswegs uninteressante Straßenbahn-Debatte ein und die Sitzung verlängerte sich dadurch um etwa eine Stunde. 25 Staats der selbständigen, mit dem Stadthaus nicht verbundenen Verwaltungen, meistens Stiftungen, dabei aber auch der Schieferwerber, die Sparrasse, das städtische Speisehaus und das vegetarische Kinderheim wurden in einem Zuge ohne Debatte erledigt. Ebenso glatt vollzog sich die Befragung einer großen Anzahl städtischer Ehrenämter, nur bei der Wahl der Theater-Kommission mußte ein Versuch, die Sache noch einmal hinauszuschleppen, abgemehrt werden. Die Kommission wurde mit der von uns mitgeteilten Besetzung bestätigt, von unserer Fraktion gehört ihr Genosse Heymann an. Eine kurze Debatte, die von Genossen Neulich hervorgehoben wurde, knüpfte sich an die Vorlage betreffend Uebernahme der Straßenreinigung durch die Stadt, zunächst auf allen mit Holz oder Asphalt gepflasterten Straßen. Unser Fraktionsredner bekennt sich als Anhänger der städtischen Reinigung, mit der uns bereits viele Städte vorangegangen sind, wünscht aber, daß die abgestellten Grundbesitzer nicht nur ein Drittel der neu entstehenden Kosten, sondern mindestens die Hälfte übernehmen — in Ziffern ausgedrückt, pro Quadratmeter und Jahr nicht 30 Pf., sondern 45 Pf. zahlen. Stadtv. John hält die Höhe der Entschädigung für nebensächlich, das Prinzip der Uebernahme in städtische Regie für die Hauptsache.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Ein vorhistorischer Fund. Auf einer Koppel des Hofbesizers Bied in Wärschen wurde bei der Anlage einer Grandgrube eine Lanzenspitze aus der älteren Bronzezeit (etwa 3000 Jahre v. Chr. vgl.) aufgefunden. Die Spitze ist in den Besitz des Altertumsforschers Andreßen in Reinbel übergegangen.

Das Hauptland der Bücherproduktion ist Deutschland. Die letzten erschienenen 3. Auflage des Handwörterbuchs für Staatswissenschaften sagt darüber folgendes: Nach der bis jetzt allerdings nur sehr mangelhaft entwickelten internationalen Statistik des Buchhandels betrug die Zahl der produzierten Bücher in den fünf wichtigsten Kulturländern:

Table with 2 columns: Country and Book Production (1886 and 1906). Rows include Deutschland, England, Frankreich, Italien, Vereinigte Staaten, and Gesamtsumme.

Im Jahre 1886 entfiel also ein Drittel und 1906 fast die Hälfte der gesamten Bücherproduktion der genannten fünf Länder auf das „Land der Dichter und Denker“. Wieviel Bücher darunter sind, die besser nicht gedruckt wären, davon spricht die Statistik nicht.

Aus aller Welt.

Durch ein gewaltiges Großfeuer wurde eine der größten Fabriken in Rimmelschau in Sachsen, die Wigogne- und Streichgarnspinnerei von Jener u. Schumann G. m. b. H., vollständig in Asche gelegt. Nur ein Gebäude des großen Fabrikkomplexes konnte durch vereinte Anstrengungen der benachbarten Feuerwehren gerettet werden. Sämtliche Arbeiter werden arbeitslos. Das Feuer brach in der zweiten Stunde in einem Treppenhause aus.

Den Eiffelturm erklettert. Zwanzig französische Matrosen, die sich zur Erlernung der drahtlosen Telegraphie von Brest nach Paris begeben haben, erkletterten dort, dem „Gil Blas“ zufolge, im tollwütigen Wagemut den 300 Meter hohen Eiffelturm. Mit der den Matrosen der Bretagne eigenen Geschwindigkeit kletterten sie an dem Eisengitter empor, als wenn sie sich an den Lauen eines Schiffes befänden und erreichten auch glücklich die Höhe des Turmes, auf der sich eine Station für drahtlose Telegraphie befindet.

Das unmoralische Turnen. Eine kaum glaubliche Geschichte, die trotzdem buchstäblich wahr ist, wird der Reichsritzt Körperkultur aus Pessen berichtet. Dort richtete in einem kleineren Orte der Turnverein ein Gefuch an die Gemeindeverwaltung, daß ihm ein Platz überlassen werden möge. Er erhielt jedoch einen abschlägigen Bescheid; der Kirchenvorstand habe sich dagegen ausgesprochen, „da das sittliche Empfinden der vorübergehenden weiblichen Jugend beim Anblick der leicht belledeten Turner leiden könne“. Ob der verehrliche Kirchenvorstand wohl weiß, daß sein sittliches Empfinden durch dieses unsinnige Botum bereits empfindlich gelitten hat?

250 Bewerber für einen Posten. Ein begehrtes Amt ist das des Gemeindevorstehers zu Ertner bei Berlin. Nicht weniger als 250 Bewerbungen sind eingelaufen, und interessant sind die Verufe der Kandidaten für dieses Amt. Es haben sich unter anderem General: 44 Bürgermeister, 2 Hauptleute, 3 Rechtsanwälte, 1 General, 17 Referendare, 6 Rechtskandidaten, 3 Stadträte, 5 Oberleutnants, 5 Leutnants, 2 Kriminalkommissare, 1 Major, 2 Polizeileutnants und 17 Gemeindevorsteher. — Bemerkenswert ist die verhältnismäßig hohe Zahl von Offizieren unter den Bewerbern.

Pistolenduell in Weimar. Heute früh fand in Weimar, wie uns telegraphiert wird, ein Pistolenduell zwischen dem hiesigen Referendar Ruhn, dem Sohn eines Finanzrates, und dem Versicherungsbekanden Stief, einem früheren Offizier aus Erfurt, statt. Ruhn wurde tödlich getroffen.

Ein Attentat im Eisenbahn-Abteil. In einem Wagen 4. Klasse der Strecke Magdeburg-Blumenberg-Stafffurt überfiel ein Unbekannter eine junge Frau und vergewaltigte sie, nachdem er sie schwer mißhandelt hatte. Der Unheld sprang dann auf freier Strecke aus dem Zuge und entkam unerkannt.

Ballonfahrt im Wirbelwind. Eine gefährvolle Fahrt legte der Ballon „Albans“ vom Frankfurter Verein für Luftschiffahrt zurück. Er geriet, wie ein Telegramm meldet, am Juleberg bei Schmalkalden in einen Wirbelwind, wodurch eine Landung unmöglich gemacht wurde. Bei der Schleiffahrt erlitt einer der Passagen, der Bahnarzt Dr. Peter Frey aus Frankfurt, einen Armbruch. Der Ballon war in kaum drei Stunden von Frankfurt nach Thüringen getrieben worden.

Eine eigenartige Ehrung befiel in China für die Häupter des Reiches der Mitte. Die Ehrung befiel auf chinesisch Schandfang und findet ihren Ausdruck in der Ueberreichung eines prächtigen Ehrenfahns, der in Ueber einstimmung mit der gemessenen Uebergröße dieses Wortes den Inhaber einfach herabstößt, wenn der ihn befehligt, „den Kopf abzuhacken“. Irrend ein Refus an die Ehrung oder an den Kaiser ist für solche Exzellenzen nicht möglich. Auch darf

von Rechts wegen für die auf diese Weise bewirkte Zurückhaltung niemals eine Untersuchung oder ein sonstiges Klarstellungsverfahren eingeleitet werden! — Ob der Dresdener Handbahader sich im Glanze des „Schandfangs“ sonnt?

Literatur.

Die Schönheit, die in letzter Zeit vielfach genannte Monatschrift, erlöst auch für diesen Sommer ein Preisanschreiben zur Erlangung künstlerischer Photographien edler menschlicher Körperschönheit. Aus dem Ergebnis des vorjährigen Wettbewerbes wurden eine Anzahl Aufnahmen in den letzten Seiten veröffentlicht; auch das uns vorliegende Heft 12 bringt einige Musterleistungen künstlerischer Photographie, unter anderem eine Kunstbeilage „Schneefuß“ von Professor G. v. Jan, eine sehr reizvolle Langgruppe „Auf der Waldwiese“ von Marie Luise Schmidt und ein anmutiges Kinderbildchen „Am Bach“ von Hanni Schwarz. Das Bestreben der Schönheit, durch Bild und Wort eine reinere Auffassung und Würdigung menschlicher Nacktheit herbeizuführen, findet in der Mitarbeit zahlreicher namhafter Künstler und Schriftsteller erfolgreiche Unterstützung. Daß auch die christliche Kirche kein Feind der Nacktheit gewesen ist, zeigt eine kunstgeschichtliche Studie über das Nackte im Heiligem, mit welcher die Angriffe des Abgeordneten Noeren gegen die Schönheits-Abende erwidert werden. Die Kirchen, die Klöster, die Wohnungen der Päpsten durch alle Jahrhunderte hindurch sind entsprechende Beweise dafür, daß die Schlichtheit den Anblick nackter Frauenkörper nicht für erlaubt und sühnd hielt. Altarbilder, Kirchenportale, Gebetsbücher usw. sind voll von Darstellungen menschlicher Nacktheit, zum Teil in sehr realistischen Wiederergabe. Besonders fruchtbar war das Nachmittags-Kam und Epa, aber selbst Beda mit dem Schwan hat, wie die Kirche der Peterskirche zu Rom beweist, für christliche Kirchen ohne Bedenken Verwendung gefunden. Ein eigenartiges Seitenstück zu dieser kirchlichen Toleranz ist die in demselben Schönheits-Fest abgebildete Statue der Vorzeit von dem Bildhauer Josef Dimburg, deren äußerst dezente und vornehme Reproduktion von der Staatsanwaltschaft in Bromberg als unzüchtig beschlagnahmt wurde. Sie zeigen deutlich, daß der von der Schönheit geführte Kampf gegen Unnatur, Unkultur und Präludie der Nacktheit und der Kunst gegenüber noch lange nicht am Ende ist und des unermüdlichen Interesses der Gebildeten und der Bildungsfähigen bedarf. Der übrige Teil des Heftes enthält Gemälde von Oscar Popp, Sascha Schneider, Gibus und anderen, mit Gebilde moderner Art, sowie interessante und belehrende Aufsätze. Die Bezugsgebühr für die sehr vornehm ausgestattete monatlich erscheinende Zeitschrift (Verlag der Schönheit, Berlin SW. 11) beträgt halbjährlich 5 Mark.

Stadtb. Dertel ist die vom Genossen Neulrich vorge- schlagene Belastung viel zu hoch, die meisten anderen Städte erheben, so meint er, gar keine Gebühren. Stadtrat Sasse hält das Drittel für angemessen, es sei auch in anderen Städten der übliche Satz und der Referent, Stadtb. Hein, verweist darauf, daß den Grundbesitzern die Bürgersteig- bereinigung ja überlassen bleibe. Der Antrag Neulrich ging daraufhin mit an die Ausschüsse I und IV, an welche die Vorlage vermiesen wurde.

Bei der Vorlage, betreffend Errichtung einer sozial- politischen Zentrale am Sirlegauerplatz — Brausebad, Lesehalle, Volksbibliothek, Mütterberatungsstelle, Näh- und Stickstube, Sparkassenstelle — hob Genosse Löbe hervor, daß damit ein langjähriger Wunsch der Einwohner des Nikolaitors in dankenswerter Weise erfüllt werde und daß es sich empfehle, unter voller Aus- nützung des vorhandenen Raumes möglichst viele Wabe- zellen zu errichten, damit das Brausebad nur geringe dauernde Zuschüsse erfordert. Dem an Anlagen und natürlichen Vor- zügen armen Westen müssen diese sozialen Wohlfahrts- einrichtungen als Ausgleich gewährt werden.

Die beiden neugeplanten Linien der Städtischen Straßenbahn sind in der „Volkswacht“ bereits besprochen worden. Es handelt sich um die Verbindung des Tschepinerplatzes durch die Kurze Gasse und Nikolaitraße mit dem Ring und um das fehlende Glied zwischen Overtorbahn- hof und Weissenburgerplatz. Stadtb. Döffer benutzte die Gelegenheit zu einer allgemeinen Betrachtung über Strecken- führung, Betriebseinnahmen und Ausgab und Rentabilität der verschiedenen Straßenbahnen. Er ist der Meinung, daß sich die städtischen Linien niemals rentieren werden, daß sie aber dennoch vermehrt werden müssen und will diesen Zweck durch eine baldige Verschmelzung mit den beiden privaten Gesellschaften bewerkstelligen. Stadtb. John möchte die erste Linie über den Tschepinerplatz hinaus bis zum Schlachthof führen. Herr Wohlauer meint, daß es bei diesen Strecken nicht so sehr auf die Bewohner der inneren Stadt ankomme, die hinauswollen, sondern auf die Vorstadtbewohner, die in die Stadt hineinwollen und dann natürlich wieder zurück. Für Genossen Löbe beweist die ökonomische Aufrechnung nur, was die Stadt früher verliert habe, als sie die Verkehrs- anlagen nach der privaten Ausbeutung überließ und sie nicht in den Besitz der Gemeinde nehmen wollte. Um die Ren- tabilität der Tschepiner Strecke sei ihm bei der starken Bevölkerung in diesem Stadtteil nicht bange, aber auch die Teilstrecke zum Weissenburger Platz werde als Glied einer Ringbahn von Wert sein. Herr Heilberg zweifelt an der ersten Linie, da sie zu keinem Ausgangspunkt führt, billigt sie aber aus Gründen der Wohnungsreform. Er regt im übrigen die Einführung von Nummern für die einzelnen Strecken aller Bahnen an, damit der Fremde sich in dem Gewirr von Linien auskenne. Stadtbaurat v. Scholz konnte darauf die erfreuliche Mit- teilung machen, daß über eine solche Nummerierung sich bereits ein Abkommen hat verwirklichen lassen, die Einführung der neuen Bezeichnung sei im Herbst zu erwarten. Von der Annahme des Antrags John rät er dagegen ab. Beide Vorlagen gehen mit den dazu gestellten Anträgen an den Ausschuss V.

Als letzter Punkt in der öffentlichen Sitzung kam der Antrag Schütz zur Verhandlung, der die Vornahme von Stadtbewerben - Ersatzwahlen für die vier ausgeschiedenen Mitglieder im November dieses Jahres ver- langt. Der Ausschuss schlägt Ablehnung vor, weil der bisherige Gebrauch, erst nach Ablauf von zwei Jahre zu wählen, zu Schädigungen nicht geführt hat. Genosse Schütz hält seinen Antrag aufrecht und zerpflückt die gegen ihn vorgebrachten Gründe. Von einer besonderen Aufregung bei Wahlen sei bisher wenig zu hören gewesen, aus Rücksicht auf auf- geregte Kandidaten, die für ihre Wahl viel Geld aufgeben und den Durchfall fürchten, dürfe man aber den Bürgern der Stadt nicht ihre geistliche Verteilung beschränken. Man werde uns Fraktionspolitik vor, gerade ein liberaler Führer hat untern Antrag mit der Bemerkung abgetan: wir wer- ren der Rechte doch nicht drei Mandate zuschlagen! Auch diesmal gab sich zu der Aufgabe, ein Unrecht in Recht her- umzuwandeln, der Rechtsanwalt Heilberg her. Es liege sich die Sache ja so — aber auch so machen, gestand er ein, aber bei den vielen Wahlen, mit denen wir schon geplagt sind und die zu soviel Aufregung, Erbitterung und Verhöhnung führen, sei doch Ruhe auch ein sehr schönes Ding. In seiner Städteordnungs- Jubiläumssrede hatte sich der Herr Heilberg noch für das Anwachsen des Interesses für städtische Angelegen- heiten begeistert, gepirrt war er schon wieder bei der Devise des Polizeipatens: „Ruhe ist die erste Bürger- pflicht“ angelangt. Eine Antwort auf den helden- haften Wortführer verhielten auch diesmal seine Geirten durch einem Schlussantrag — um 6 1/2 Uhr war der volksfreundlichen Herrschaft die Zeit schon zu kostbar, um sich über die Rechte der Bürgerschaft zu unterhalten. Nun — vielleicht lehrt die Aufsichtsbehörde unseren Repräsentanten der Selbstverwaltung etwas Respekt vor dem Bürgerrecht. Wenn nicht, dann wird der sozialdemokratische Antrag in kurzen Intervallen wiederkehren und Herr Heilberg seine Zustimmung empfangen.

Aus den Verhandlungen und Debatten haben wir noch folgendes hervor: Die Versammlung erklärte sich mit den vor- genommenen nötigen baulichen Veränderungen im Hospital zu Allerheiligen einverstanden und bewilligte hierzu nachträglich 33.000 Mark.

Je Sätzen der Straßenreinigung ersuchte der Magistrat um Erlaßung eines neuen Dispositives be- treffend die Uebernahme der Straßenreinigung in den öffent- lichen Straßen und Wegen mit Asphalt und Holzbelag durch die städtische Verwaltung. Stadtbürgermeister Hein begründete die Vorlage und bemerkte, daß die Gesamtkosten hierfür sich auf etwa 81.600 Mark belaufen werden. Zu diesen Kosten sollen die Hausbesitzer mit einem Beitrage von 30 Pfennig für den Quadratmeter herangezogen werden, was einem Beitrage von 7,50 Mark entspricht. Stadtb. Neulrich (Soz.): Wir sind sehr dankbar dafür, daß die Straßenreinigung von der Stadt übernommen wird. Es bedarf aber keiner Sorge, daß bei der Kostenrechnung die Hausbesitzer zu wenig zu den Kosten herangezogen werden. Da gerade hier Straßen in Betracht kommen, die für die Hausbesitzer besonders ertragreich sind, so möchte er im Namen seiner Freunde, von den Hausbesitzern die Kosten des Quadratmeter zu fordern. — Stadtb. Schütz

(Soz.) bemerkte hierzu, daß man doch erst einen Anfang machen sollte. Ob 30 oder 45 Pfennig, darüber könne man später immer noch entscheiden. — Nachdem noch der hierfür zuständige Magistrat bemerkte, daß wegen der Preissteigerung alle drei Jahre eine Revision stattfinden soll, wurde die Vorlage mit dem Antrage Neulrich an die Ausschüsse I und IV verwiesen.

Am 26. Oktober vorigen Jahres konnte man wegen einer Beschädigung am Overtorbahn den Eisenbahn Vorhang im Stadtheater nicht in die Höhe ziehen, so daß eine Vor- stellung nicht stattfinden konnte. Herr Direktor Voelke wurde aus diesem Anlaß ein Schadenersatz in Höhe von 1800 Mark zugeschieden.

Die Jagd und Fischerei auf den Gutsländereien und den städtischen Ländereien in der Landgemeinde Wei- denhof wird dem Brauereibesitzer und Kommerzienrat Haas- für 1600 Mark verpachtet.

Der Magistrat ersuchte weiter um die Genehmigung zum Anbau des Grundstücks Lange Gasse 6 zum Preise von 18.000 Mark. Es wird beschlossen, den Anbau nur vor- zunehmen, wenn das Grundstück zum Preise von 12.000 Mark zu haben ist.

Es entspann sich eine längere Debatte über den projek- tierten Ausbau des südlichen Straßenbahn- netzes. Die Magistratsvorlage sieht eine Linie vom Tschepiner Platz durch die Westendstraße über den Nikolai- und Wachsplatz bis zum Königsplatz unter Anschluß an die städti- schen Geleise am Nikolai-Stradparaden vor. Ferner die Weiter- führung dieser Linie der Friedrich-Wilhelmstraße über den Königsplatz unter Umfahrung der Endhaltestelle der Schellmaier Linie der Breslauer Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft und Mit- benutzung ihrer Geleise in der Nikolaitraße bis zu einer auf- wärtigen Seite des Ringes anliegenden Endhaltestelle. Die nach dem Anschlag hierfür nötigen Kosten belaufen sich auf 15.000 Mark. Sie sollen vorläufig vorstufweise aus den Mitteln der Kämmerei gedeckt werden, um später aus der zunehmenden Anleihe entnommen zu werden.

Stadtb. John (Soz.) wünschte eine Weiterführung der Linie über den Tschepiner Platz hinaus bis zum Schlachthof und brachte einen dementsprechenden Antrag ein.

Stadtb. Döffer vertrat sich in längeren Ausführungen über die Rentabilitätsfrage der städtischen Bahnen. Breslau ist, so sagte er unter anderem, eine dichtbesiedelte Stadt, aber doch sei weder die innere Stadt noch die Umgegend so durch Stra- ßenbahnen erschlossen wie andere ähnlich große Städte. Daß die Stadt nicht richtig disponieren könne, liege an der Kon- kurrenz der Privatbahnen, die ein Einbringen in das Stadt- innere verhindern. Daher kam es denn auch, daß man zum Beispiel eine Straße wie die Gärtenstraße mit drei Linien be- legte. Die in Vorschlag gebrachten Linien seien nötig und müßten gebaut werden, wenn aus von einer Rentabilität nicht die Rede sein könne. Die ganze Misere des Breslauer Straßen- bahnenwesens müsse dem Magistrat zwingen, auf die Abstellung mit allen Mitteln hinzuwirken.

Stadtb. Wohlauer (Frei.) bemerkte, daß die finanzielle Seite doch nicht gar so trübe sei, wie der Vorredner meint. Auch dieser Redner ist der Ansicht, daß die Stadt wegen An- kaufe der Privatlinien jede günstige Gelegenheit wahrnehmen müsse.

Stadtbaurat v. Scholz: Der Antrag John beabsichtigt, eine Konkurrenzlinie zu bauen. Das ließen aber die Vertrags- verbindungen mit den Privatbahnen nicht zu. Herrn Döffers Zahlen könne er nicht nachprüfen, aber das finanzielle Ergebnis sei doch nicht so ungünstig, wie Herr Döffer es hinstellte. Der Unrentabilität würde auch dadurch vorgebeugt, daß man die Linien nicht in unbenutzte Gegenden führe.

Stadtb. Löbe (Soz.): Herrn Döffers Aufrechnung habe nur einen Wert als Zeugnis für die Verhältnisse einer ver- gangenen Zeit, die nicht erkannt, daß die Verkehrsmittel in die Hände der Allgemeinheit gehören. Würden seine ungünstigen Angaben etwa dazu dienen, den Ausbau aufzuhalten, dann würden zu den alten Sünden nur neue hinzugefügt werden und die Summen, welche der Privatbesitz gewinnt, noch weiter vermehrt werden. Die Rentabilität steht aber gar nicht in Frage für die Linie nach dem Tschepiner Platz, hier liegt eine zahl- reichere Einwohnerzahl als im Süden, wo drei Linien den Stadtteil durchqueren. Die Verlängerung nach dem Schlachthof ist gewiß sehr unvorteilhaft, sie darf aber die Ausführung des übrigen Projektes nicht aufhalten. Auch die Teilstrecke nach dem Weissen- burger Platz kann durchaus erträglich gemacht werden, wenn der Ringbahnverkehr eingeführt wird, der früher schon von uns vorgeschlagen wurde.

Stadtb. Heilberg (Lib.) icht sich für den Bau der Strecke aus. Die Rentabilitätsfrage allein dürfe bei solchen Unternehmungen nicht ausschlaggebend sein. Durch die Aus- weitung würde außerdem doch noch die Wohnungsfrage zum Teil gelöst. Der Redner brachte bei dieser Gelegenheit den Wunsch zur Sprache, die Nummerierung aller Straßenbahnlinien durch- zuführen. — Nachdem Stadtbaurat v. Scholz mitgeteilt, daß eine allgemeine Nummerierung der Linien nach dem Münchener System bis zum Herbst zu erwarten sei, wurde die Debatte ge- schlossen. Die Vorlage gelangt noch einmal mit dem Antrag John an den Ausschuss. Desgleichen eine Vorlage, die den Bau von Wagenkämpfen für die Straßenbahn auf den Grundstücken Weissenburgerstraße 16—30 betrifft.

Der Schluß der öffentlichen Sitzung bildete eine kurze Aus- einanderklärung über den vom Ausschuss abgelehnten Antrag uneres Genossen Schütz, der verlangte, für drei erledigte Mandate im Herbst Neuwahlen vorzunehmen. Der Ver- richter des Ausschusses, Dr. Körner I, befürwortete kurz die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags.

Stadtb. Schütz I (Soz.): Die Gründe, die bisher für die Ablehnung gebracht wurden, sind nicht überzeugend. Die einzelnen Besitze haben das Recht zu verlangen, im Kollegium vertreten zu sein. Wenn man sagt, daß die Stadtverordneten nicht zwei Vertreter von Bezirken, sondern ihr Amt für die gesamte Bürgerschaft ausüben müßten, ist das richtig. Aber die bürgerlichen Parteien legen doch selbst so viel Wert auf die Bezirkvertretung. Freilich kann die Vermaltung auch wegen der erledigten Mandate weiterarbeiten, sie müßte es sogar, wenn ein großer Teil der Stadtverordneten durch eine Epidemie weg- gerafft würde. (Seufzer!) Auch das Argument der Auf- regung sei nicht glücklich. Er sei schon oft durchgefallen und habe sich nicht eregt. Das trifft doch nur für die Kandidaten zu, die für ihre Wahl Geld ausgeben. (Hört, hört!) Auch Partei- oder Fraktionsinteressen kommen nicht in Frage, da von den erledigten Mandaten für die Sozialdemo- kratie wohl kaum eins zu holen sein wird. Der Antrag wurde lediglich im Interesse der Bürgerschaft gestellt. Zu einer Partei- frage ist die Sache lediglich durch die Herren von der bürger- lichen Seite gemacht worden. Als er, Redner, wegen dieser An- gelegenheit mit der Vereinigung und mit den Li- zenzal in Verbindung trat, da äußerten sich die ersteren halb zugunsten für halten im Herbst, während die Liberalen rund- herum erklärten, sie hätten keine Neigung, bei der Ver- einigung noch drei Mandate zu beschaffen. (Schlappes Hört, hört!) Hier kann man erkennen, wer die Frage zur Parteifrage gemacht hat.

Der feldere Stationsgehilfe, jetzige Buchhalter P. III an einer Blinddarmentzündung, die ihn erwerbsunfähig machte. Der beghaltende Arzt hatte erklärt, er werde dieses Leiden dauernd be- halten, da das Leiden erfahrungsmäßig wiederkehre. Daraufhin wurde ihm von Leiden die Invalidenrente bewilligt. Neuerdings hat er sich jedoch einer Nachuntersuchung unterziehen müssen und der Arzt konstatierte, daß er nicht mehr arbeitsfähig sei. Die Rente wurde entzogen. Er rief das Schiedsgericht zur Entscheidung an. Der Vertrauensarzt, Medizinalrat Dr. Hauschild, untersuchte ihn an Gerichtsstelle und bestätigte, daß P. als Invalide nicht zu betrachten sei. Sein Antrag auf Verbeibaltung der Rente wurde ab- gelehnt.

Der Stellmacher Nagel klagte wegen Gewährung einer In- fallrente. Wie er behauptete, ist er am 22. Juli 1908 bei Vornahme einer Reparatur eines Eisenbahnwagens in fahrender Stellung verunglückt, indem er sich das Knie verletzte. Er wurde in das Aller- heiligen-Hospital aufgenommen und hier entwickelte sich eine Schleim- beutelentzündung an dem Knie, die einen operativen Eingriff not- wendig machte. Davon ist er zwar geheilt, es hat sich aber eine neue Entzündung der Kniekehle eingestellt, die ihn an der Arbeit wie auch am Gehen hindert. Diese Kniegelenkentzündung sei, wie Nagel folgert, die Folge des Unfalls und dafür wolle er entschädigt sein. Der Vertreter der Eisenbahndirektion hielt den Unfall für nicht nachgewiesen, der Mann sei vorher längere Zeit krank gewesen und im Krankenhaus verpflegt worden. Kurz nach seiner Wiederaufnahme des Dienstes soll der Unfall passiert sein, den aber nicht erwiesen sei. Der Arbeiter habe auf dem Sauboden gekniet und da könne er sich nicht so schwer verletzt haben. Der Kläger hatte sich aber einen Vertreter mitgebracht, der darauf hinwies, daß durch das lange Knien bei einer schweren Arbeit wohl eine innerliche Verletzung entstehen könne. 24 Wochen habe sein Knie im Krankenhaus zubringen müssen und sei operiert worden. Woher sonst als durch den Unfall sollte die Schleimbeutel- entzündung entstanden sein. Nagel wurde mit seinem Anspruch abgewiesen. Die Sachverständigen, auch Dr. Hauschild, begau- acheteten, daß wohl eine Kniegelenkentzündung durch einen Unfall entstehen könne, aber ein solches Leiden entwickelte sich erst nach vielen Wochen, nicht aber, wie im vorliegenden Falle, nach kurzer Zeit. Die Verletzung könne daher unmöglich von einem Unfall ver- ursacht sein. Die Schleimbeutelentzündung mag eine Folge des Unfalls gewesen sein, aber diese sei ja beseitigt, dafür könne es keine Ent- schädigung geben.

Die Witwe des Maschinenputzers Wiczorek in Brodau ver- langt die Hinterbliebenenrente. Ihr Mann sei im Betriebe ver- unglückt und an den Folgen des Unfalls frühzeitig gestorben. Als Todesursache wurde vom Professor Dr. v. Strümpell Krebsleiden festgestellt, das aber mit dem Unfall in keinem ursächlichen Zusammen- hang gebracht werden könne. Es erfolgte Ablehnung.

Der Maurer Kell I will für seinen im Betriebe der Eisenbahn tödlich verunglückten Sohn die geleistete an die Eltern zu leistende Rente. Es wurde dem Antragsteller nachgerechnet, daß er selbst eine Rente von 213,60 Mark beziehe und außerdem 14 Morgen Land sein- eigen nenne, also auf die Unterstützung seines Sohnes nicht anwe- sentlich war. Der Sohn habe nur monatlich 2 Mark Miete gezahlt, die Rente aber würde über 100 Mark betragen. Auch in diesem Falle erfolgte Ablehnung.

Der Schlosser Mehnert erlitt im Jahre 1900 einen schweren Unfall, er verletzte sich die rechte Schulter und die linke Hüfte. Er erhielt eine Rente von 33 1/2 Prozent. Diese sollte jetzt infolge einer Nachuntersuchung auf 25 Prozent herabgesetzt werden, da eine Besserung eingetreten sei. Der Arbeiter klagte über große Schmerzen eine Besserung sei jedoch nicht eingetreten. Auch der Vertrauens- arzt war dafür, daß dem Manne 33 1/2 Prozent weiter gezahlt werden müßten. Demgemäß entschied das Schiedsgericht.

Der Maschinenputzer Conrad hat am 3. Dezember 1908 einen schweren Knochenbruch erlitten, der heute noch nicht völlig ge- heilt ist. Die Heilanstalt für Unfallverletzte will ihm aber keine Rente gewähren. Ihm wurde jedoch auf Vorschlag des Dr. Hauschild eine Gehaltsrente von 15 Prozent erteilt.

Der Arbeiter Kober hat im Jahre 1902 einen Bruch der Wirbelsäule erlitten und hierfür 50 Prozent Rente erhalten, die ihm nach einiger Zeit wieder entzogen wurde. Voriges Jahr ist er wieder um eine Rente eingekommen, weil sich schlimmere Krankheits- erscheinungen bei ihm gelteten. Er wurde jedoch abgewiesen, weil er für die Verschlimmerung keinen Nachweis führen konnte.

* Arbeiter! Parteigenossen! Wieder schickt sich das Klassenbewußte Proletariat der gesamten Welt an, seinen Feiertag zu begehen. Unter aller Pflicht ist es, diese Feier zu einer der Arbeiterklasse würdigen Demonstration zu gestalten, alles zu vermeiden, was uns in den Augen unserer Gegner herabwürdigend könnte, dafür zu sorgen, daß nicht der geringste Miston die Weihe des Festes trübe; achtungs- gebietend müssen wir bestehen, der einzelne sowohl wie die Gesamtheit. Wir bedürfen, um unser Fest zu feiern, nicht jener Reizmittel, die dem Philister unentbehrlich sind, um sich bei gewissen Festlichkeiten in die nötige patriotische Stimmung zu versetzen. Das Proletariat ist berufen, in dem Aufstieg der Menschheit zu höherer Kultur die Führer- rolle zu übernehmen; darum muß es sich freimachen von den gedankenlosen Zerstreungen und niedrigen Lusten, frei besonders von dem großen Kartotikum unserer Zeit, das unser Gehirn, unser wichtigstes Organ im Kampfe, schädigt, unsern Geist lähmt, unsern Willen schwächt: frei vom Alkohol! Wir brauchen, wollen wir unsere weltgeschicht- liche Aufgabe lösen, die ganze Kraft unseres Geistes, um unsere Ideen in immer weitere Kreise zu tragen, jeden Proletarier zu einem ganzen Mitleidspürer zu machen. Darum, Parteigenossen, die Ihr am 1. Mai gegen den Kapitalismus demonstriert, meidet an diesem Tage seinen Bundesgenossen, den Alkohol.

Deutscher Arbeiter-Abstinenten-Bund.
* Sozialarbeiter-Versammlung. In der am Mittwoch ab- gehaltenen Mitgliederversammlung gab der Bevollmächtigte Seybold einen Geschäftsbericht für das erste Quartal 1909. Es hat sich herausgestellt, daß die tariflichen Bedingungen nicht in allen Be- trieben eingehalten werden; in der Eisen-Wägel-Branche wurde auch der fünfprozentige Zuschlag von den Arbeitgebern unterbrochen. Seybold bemerkte, daß es nicht möglich sei, daß Kollegen sich die Unterbietung gefallen lassen und nicht wagen, davon Kenntnis zu geben. Er hofft und wünscht dringend, daß das in Zukunft nicht mehr geschieht und jede Abdrückelung von den vertraglichen Bedin- gungen unermittelt der Sozialverwaltung zur Anzeige gebracht wird, damit diese in der Lage ist, Schritte einzuleiten. Auch die Ergänzungen zum Tarif sind noch nicht erfolgt, auch da müsse energig vor- gegangen werden. Der Vorstand schlägt hierzu folgende Resolution vor: „Die von der Freien Vereinigung als auch von der hiesigen Arbeiterliga laut Vertrag zugesagte Ergänzung zu dem Tarife ist trotz wiederholter Mahnung noch nicht fertiggestellt. Die Versamm- lung erblickt in dieser Unterlassung eine absichtliche Verschleppung und beauftragt daher die Lokalverwaltung, unter allen Umständen auf Fertigstellung der Tarife zu bringen und eventl. die Zentralvor- stände anzufragen.“ Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Es erfolgte alsdann die Abrechnung für das erste Quartal 1909. Der Verwaltung wurde Entlastung erteilt.
* Die Freie Jugendorganisation veranstaltet am kommen- den Sonntag (2. Mai) einen Nachmittags-Ausflug nach Panitzsch. Treffpunkt: Nachmittags 2 1/2 Uhr Poststraße (Zoologischer Garten).
* Ansetzung der Abstimmungsliste über den nächsten Landesplatz. Die Liste der bei der Einführung des Reichs-

Schluss des Magistrats vom 8. bis 17. Mai in den Räumen des Bureau II Schulstraße 74 a mit den darin eingetragenen Abmündungsvereinen während der Dienststunden zur öffentlichen Einsicht ausliegen. Einsprüche gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der eingetragenen Abmündungsverzeichnisse können bis zum 17. Mai schriftlich oder im Bureau II zu Protokoll erhoben werden: nach Ablauf der Frist vorgebrachte Einsprüche bleiben unberücksichtigt.

* **Breslau hat die höchsten Fleischpreise in ganz Deutschland!** Die „Statistische Korrespondenz“ bringt aus den größten Städten Deutschlands genaue Zahlen über die Fleischpreise während der Monate Januar, Februar und März d. J. In den Einzelpreisen im Kleinhandel für Rindfleisch und Hammelfleisch zeigte Breslau mit Halle und Magdeburg, bezw. Altona und Wiesbaden den höchsten Stand. Im besonderen stellten sich die Kleinhandelspreise pro 1 Kilogramm in Pfennigen wie folgt:

Ort	Rindfleisch			Kalbfleisch			Hammelfleisch			Schweinefleisch		
	Jan.	Febr.	März	Jan.	Febr.	März	Jan.	Febr.	März	Jan.	Febr.	März
Dönnigsberg i. Pr.	133	130	128	139	139	132	143	144	146	143	143	143
Danzig	150	149	144	174	172	165	156	156	156	—	142	141
Berlin	160	158	161	175	174	179	167	167	163	148	144	145
Stettin	143	144	145	176	179	176	160	163	160	151	152	151
Breslau	173	173	173	172	172	172	192	186	180	154	153	149
Hörlitz	134	134	133	139	141	141	154	155	154	148	148	148
Regnitz	149	149	149	152	152	152	168	168	168	148	148	148
Königsbrunn	123	123	123	132	132	132	146	146	146	135	135	135
Melzig	124	131	125	141	151	156	164	170	172	142	147	145
Röbn	156	157	156	176	175	173	165	170	171	189	190	188

Man darf neugierig darauf sein, ob die Breslauer Fleischer wenigstens im nächsten Jahre die Preise um 6 Pf. pro Pfund (sowie auch die aufgehobene Schlachtksteuer aus) herabsetzen werden. Die Hausfrauen sollten sich obige Tabelle auskneipen und den reichen Fleischern zeigen, damit sie sehen, mit wie wenig Recht sie berartig skandalöse hohe Preise nehmen!

Eine polizeiwidrige Grabrede

Am 19. Juli d. J. aus dem Döwiger Friedhofe gehalten worden sein. Ungezogen darf das nicht bleiben, müge es dem Staat kosten, was es wolle, denn in der Sozialistenbekämpfung darf es eine „alt-pressefällige Sparsamkeit“ fortan so wenig geben als früher. Am fraglichen Tage wurde der Schlosser Wilhelm Kluge beerdigt, der dem Arbeiterverein angehörte. Die eigentliche Grabrede wurde von einem Geistlichen gehalten. Nachdem dieser geendet, gedachte Genosse Stasch noch in einer drei Minuten langen Ansprache der Verdienste des Verstorbenen um den Turnverein, wozu er die Genehmigung des Geistlichen erbeten und erhalten hatte. Die Polizei des Dr. Wieno fühlte es aber als eine schwere Kränkung, dass die Grabrede nicht gedacht und auch eine besondere polizeiliche Genehmigung an der Rede nachgefordert hatte. Genosse Stasch wurde für Strafbefehl über sechs Mark, weil er am 24. September 1886 übertrieben hatte, verurteilt.

Die Geistlichen der mit Korporationsrechten ausgestatteten Gesellschaften, ist es gestattet, auf öffentlichen Grabreden zu halten. Ausnahmen kann in einzelnen Fällen gestatten. In dem Strafbefehl Einspruch, jedoch mit dem Breslauer Schöffengericht legte in einem Urtheil vom vorigen Jahre ebenfalls eine Strafe von drei Mark ein. Die eingelegte Berufung wurde von der dritten Kammer am 27. November verworfen.

Die Polizei als auch die Staatsanwaltschaft und die Breslauer Anwälte und gelehrten Richter, haben übersehen, dass die fragliche Polizeiverordnung gar nicht mehr rechtsgültig ist. Das Kammergericht in Berlin als Revisionsinstanz hob das Urteil auf und wies die Sache zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an das Breslauer Landgericht zurück. Die betreffende Polizeiverordnung wurde nämlich für ungültig erklärt, da lediglich die Bestimmungen des neuen Vereinsgesetzes in Frage kämen.

Am Donnerstag hat sich nun die Breslauer erste Strafkammer mit der Angelegenheit beschäftigt. Von dieser wurde jetzt der Strafbefehl nach dem Antrage des Verteidigers, Rechtsanwalt Bandmann, aufgehoben. Es komme ein Vergehen gegen das Vereinsgesetz in Frage, nicht aber eine Uebertretung, weshalb die Polizei zum Erlasse eines Strafbefehls nicht berechtigt gewesen sei. Die entstandenen umfangreichen Kosten für alle Instanzen hat die Staatskasse zu tragen.

Wer jetzt aber denkt, die Sache hätte damit endlich ihre erledigung gefunden, der irrt. Nein, jetzt erst recht nicht darf der Sinder straflos ausgehen. Der Staatsanwalt wird wieder jetzt erst das „richtige“ Verfahren einleiten, wegen „Vergehens“ wider § 19 des Vereinsgesetzes, nachdem es mit der „Uebertretung“ nichts gewesen ist. Auf eine Weise wird der Sinder schon zur Strecke gebracht werden möge es kosten, was es wolle!

* **Lohnabzüge in der Schuhfabrik von Dorndorf.** Am 26. d. Mts. beschäftigte sich eine Fabrikversammlung dieser Firma mit dem Verhalten des Meisters Stoll. Dieser Herr, im Betrieb kaum wieder warm geworden, macht bereits wieder von sich reden. Herr Stoll erklärte seinen ihn unterstellten Arbeitern: „Alle sollen viel und gleichmäßig verdienen.“ Aber wie sieht es damit aus? Bei den meisten sind die Löhne so gestellt, daß nur bei anstrengtester Tätigkeit ein bescheidenes Lohn verdient werden kann. Wenn aber einmal ein paar besonders intelligente Arbeiter darunter sind, welche etwas mehr verdienen, dann wird abgezogen, aber nicht ausgleichend, mit der Ausrede: „Die Löhne sind noch zu hoch.“ So erging es kürzlich wieder zwei Arbeitern, bei einem sind es 6 bis 7 Mark pro Woche! Dieser eine mußte sich von dem Meister noch sagen lassen, er solle sich doch den Lohn gefallen lassen und mehr arbeiten, da komme es wieder heranz! Den zweiten Geschädigten lernt man zu einer anderen Arbeit an, wobei er einen Lohnansatz von etwa 10 Mark pro Woche zu erleiden hat! Aber an die alle besser bezahlte Arbeit kommen billige jugendliche Arbeitskräfte. Sie müssen herhalten, sich das bisherige Jugendlohn bei kürzlichen Lohn aufheben zu lassen. Und das alles soll erst der Anfang sein, wo nur irgend möglich, sollen die billigen Arbeitskräfte Verwendung finden. Stoll macht den Arbeitern schon bekannt, daß es der Dorndorf haben will, daß er Meister über den ganzen Betrieb wird! Die Firma dürfte dann bald in einen ihr wenig angenehmen „Nutz“ kommen. Einstweilen werden die organisierten Kollegen und Kolleginnen auf dem Posten sein und dem Meister gehörig entgegen treten.

Der „Breslauer Zeitung“ ist unsere altbekannte Darstellung ihrer wandelbaren Seele natürlich unangenehm, sie repliziert in wüthender Weise auf unseren Nachweis über die Unwissenheit mit einer Retourkarte, indem sie uns als Hauptorgan für die Interessen des Theaterpublikums bezeichnet. Die Diskussion habe durch diese unsere angebliche Stellung nicht an Würde und Sachlichkeit gewonnen. Wir müssen die uns zugeschriebene Rolle ebenso höflich als entschieden ablehnen, wie wir zu der Subventionsforderung des Direktors stehen, darüber entscheiden wir erst, nachdem uns eine einschneidende Berechnung zu Gesicht gekommen und aus Rede und Gegenrede eine eigene Prüfung möglich ist. Deshalb legt sich der Antrag unserer Fraktion aus 2 Zeilen zusammen, er verlangt vorbehaltlos die Subvention für die Proletarier auf und unter. Wir sind in Sachen der Direktion wünscht er nur eine Prüfung der Verhältnisse. Ständen wir zu der zweiten Angelegenheit so, daß wir

wäre für die „Breslauer Zeitung“ mit einem „Breslauer Zeitung“, dann hätten wir ja unseren terroristischen Kampfbund aufgegeben, also unsere Erblicke abgeteilt. Aber auch das gefällt ihr nicht. Was uns die „Würde und Sachlichkeit“ der Polemik um die Theater-Subvention anlangt, so zahlen wir gern 10 Mk. in die freiständige Parteikasse, wenn uns der Nachweis gebracht wird, diese verlegt zu haben. Die „Bresl. Ztg.“ muß sich in sehr großer Verlegenheit befinden, wenn sie keine andere Antwort auf unsere Feststellungen vorbringen kann, als solche Entschuldigungen.

* **Die Mai-Verammlung unter freiem Himmel,** die Sonntag Vormittags 11 Uhr im „Besten Heller“ stattfindet, wird nur dann ausfallen, wenn starker Regen einen Aufenthalt im Freien unmöglich macht. Wir bitten, bei einigermaßen gutem Wetter eifrig dafür zu sorgen, daß recht viele Tausende von Proletariern Sonntag den Riesengarten des „Besten Heller“ bevölkern. Wegen event. Sitzgelegenheit braucht sich niemand zu ängstigen, da einmal mehrere tausend Stühle da sind und zum andern die Maire den beiden Referenten nur eine halbe Stunde dauern werden.

* **Die Zimmerer und die Maifeier.** Die Zahlstelle Breslau des Zimmererverbandes hielt am 23. d. Mts. eine Mitgliederversammlung ab, die sich außer mit dem Bericht von der 18. Generalversammlung auch mit der Maifeier beschäftigte. Von einer allgemeinen Arbeitstunde wurde nach reger Diskussion abgesehen, weil die Breslauer Zimmerer durch die wirtschaftliche Krise und infolge des langen Winters ohnehin wirtschaftlich schwer benachteiligt worden sind. Die Versammlung hält es natürlich für ganz selbstverständlich, daß alle Kameraden, denen es möglich ist, den 1. Mai durch Arbeitstunde zu beehren, ohne wirtschaftliche Nachteile zu haben, dies auch tun und legt es allen anderen Kameraden warm ans Herz, sich Sonnabend Abend zur Gewerkschaftshaus, sowie Sonntag Vormittag im besten Heller vollständig zu beteiligen.

* **Achtung, Transportarbeiter!** Sonnabend, den 1. Mai, ist das Bureau nur Vormittags von 8—10 Uhr und Abends von 8—10 Uhr geöffnet. Die Auszahlung der Arbeitslosen erfolgt Freitag, die der Krankenunterstützung Sonnabend Vormittag in der Zeit von 8—10 Uhr. — Sonntag, den 2. Mai, finden in den bestimmten Lokalen von Vormittags 9 Uhr bis Nachmittags 4 Uhr die Sitzungen zur Generalversammlung statt. Das Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

* **Das Bureau des Fabrikarbeiter-Verbandes** bleibt am Sonnabend, den 1. Mai, geschlossen. Die Auszahlung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung für die laufende Woche erfolgt bis Freitag Abend 8 Uhr. Bis dahin haben auch sämtliche Hilfskassen abzurechnen.

* **Achtung! Zentratverband der Maurer** (Sektion der Faber). Unter Aufsicht findet Sonntag, den 2. Mai, statt und werden die Kollegen ersucht, sich Vormittags 10 Uhr vollständig im „Besten Heller“ einzufinden, von wo aus der Abmarsch erfolgt. Der Gesangsverein wirkt mit. Der Vorstand.

* **Gegen die Tischler-Krankenkasse in Breslau** hat das Oberverwaltungsgericht soeben ein Urteil gefällt, das aus neuem beweist, wie man die Ortskrankenkassen zugunsten der Kreiskrankenkassen planmäßig benachteiligt. Näheres in der nächsten Nummer.

* **Ein Breslauer Bericht gegen den Magistrat.** Ein Hausmeister an der Schillerstraße war vom Schöffengericht in Bestätigung eines polizeilichen Strafbefehls zu einer kleinen Geldstrafe verurteilt worden, weil er es unterlassen hatte, die Straße vor dem Grundstücke, dessen Vereinigung er übernommen, zu sägen. Auf seine Berufung gelangte jetzt die dritte Strafkammer zu seiner Freisprechung, und zwar mit folgender Begründung: Die Verpflichtung der Hausbesitzer, die Straße zu reinigen, beruht auf dem Reglement vom Jahre 1744. Sie kann also nur den Besitzern derjenigen Grundstücke auferlegt worden sein, welche damals schon zum Stadtgebiet gehörten. Nachher ist sie weder durch ein Ortsstatut, noch auf dem Wege der Observanz auf die später zum Stadtgebiet hinzugenommenen Dörfer ausgedehnt worden. Sie liegt darum den Besitzern in den neuen Stadtteilen nicht ob, und der Angeklagte konnte nicht bestraft werden, weil das Terrain der Schillerstraße erst 1868 eingemeindet worden ist.

Das Vorgehen des Magistrats, die Reinigung in eigene Regie zu übernehmen (siehe den Stadtverordnetenbericht), kam also gerade zur rechten Zeit.

* **Lieblich's Garten** wird Sonnabend, den 1. Mai eröffnet. Es werden baselbst wie bisher allabendlich Konzerte veranstaltet und zwar wird Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Sonntag die Breslauer Konzert-Kapelle konzertieren. Zu diesen Konzerten gelangen Wertmarken mit 20 Pf. pro Stück zum Verkauf, welche von den Kennern und am Buffet mit 15 Pf. für Getränke in Zahlung genommen werden. Kinder zahlen kein Entree. Jeden Sonnabend findet großes Kinder-Konzert statt, für welches unter Wegfall der Wertmarken 20 Pf. Entree erhoben wird. Auch an diesen Konzerten haben Kinder freien Zutritt. — Ferner erfolgt am Sonnabend, den 1. Mai die Eröffnung des Sommer-Theaters. Vom 1. Mai bis 31. Mai gastiert, wie bereits bekannt gegeben, das Berliner Vaudeville-Ensemble und zwar zunächst mit dem dreifaktigen französischen Schwanz „der Satyr“. Vom 1. Juni bis Ende August gastiert Erich Fiegel mit einem außerordentlichen Ensemble. Für die gesamte Sommerpielzeit (1.5. bis 31.8.) gelangen wie üblich Drogenbillets zur Ausgabe. Bemerk sei noch, daß Theaterbesucher für die Varien-Konzerte kein Entree bezahlen!

* **Zu dem tödlichen Unglücksfall** auf der Lehmgartenstraße, der von Sensationsmännern im „Generalanzeiger“ zu einem „Mordmord“ aufgebaut wurde, ist noch zu melden, daß die beiden Fleischergesellen, die am Donnerstag früh gegen 6 Uhr in Geschäften der Hof Lehmgartenstraße 31 betreten und den unter der umgekippten Wurst liegenden Fiebig herabholten, an diesem noch Bedingungen im Gesicht wahrgenommen haben; zweifellos hat aber der Verunglückte sein Bewußtsein mehr gehabt, sondern ist bei dem drei Stunden langen Liegen der schweren Last auf Bauch und Brust erstickt. Der herbeigeholte Arzt hat dann auch den eingetretenen Tod festgestellt.

* **Töblich überfahren** wurde am 29. d. M. 1½ Uhr Mittags auf der Friedrich-Wilhelmstraße, Ecke d. Solgasse, durch einen Omnibus ein alter, invalider, verkrüppelter, unbekannter Mann. Ein Rad des Wagens ging ihm über beide Beine, und an dem Kopfe erlitt er eine schwere Verletzung. Er ist im Allerheiligen-Hospital, wohin er verbracht wurde, nach zwei Stunden an Gehirnverhärtung verstorben. Angaben zur Ermittlung der Person, die mit braunem Jaquetanzug und grünllicher Mütze bekleidet war, werden nach Zimmer 31/52 des Polizei-Präsidiums erbeten.

* **Wegschlagung** wurde ein in der Nacht zum 25. d. M. am Sirlegauerplatz herrenlos aufgefundenes Fahrrad Nr. 23585, das wahrscheinlich von einem Diebstahl herrührt. Der Eigentümer melde sich im Hundebureau des Polizeipräsidiums.

* **Fahrrad Diebstahl** und kein Ende! Am 23. d. M. wurde auf der Rantstraße ein Fahrrad Marke „Cello“ gestohlen; am 24. d. M. auf der Jülicherstraße ein Fahrrad Marke „Wolfbrand“; am 26. d. M. auf der Gardedstraße ein Fahrrad Marke „Süderland“.

Fahrrad Marke „Sikka“ Nr. 58.089; am 26. d. M. in Altenthal ein Fahrrad Marke „Welt“ Nr. 36.812; am 20. d. M. auf dem Mauritzplatz ein Fahrrad Marke „Orlan“ Nr. 96.367; am 27. d. M. auf der Ohlauerstraße ein Fahrrad Marke „Adler“ Nr. 207.813. Angaben zur Ermittlung werden nach Zimmer 51 des Polizeipräsidiums erbeten.

* **Einen Ohnmachtsanfall** erlitt am 27. d. M. ein Arbeiter der Gaswerke auf der Wiesenstraße. Die herbeieilenden Feuerwehmannschaften schafften ihn in die Maxlinik und von hier wurde er in seine Wohnung überführt.

* **Gesunden** wurden ein goldener Mantelknopf, ein weißwollenes Kinderjäckchen, der Knopf von einer goldenen Nadel, ein Spagethoch mit Schirmmutter, ein Ebenholzstock mit Silbergriff (gravirt), eine kleine Wasserwaage, ein Reißzeug, ein Schlüsselbund, eine Invalidenversicherungskarte, ein Damengürtel, ein weißleinenes spitzenbesetztes Prießlergewand. — Zugelassen ist dem Feuerkörper Böhm, Nadergasse 51, bei Hofmann, ein brauner Jagdhund. Entlaufen ist Frau Schuster, Kurasterstraße 20, ein schwarzer Dackelhund mit braunen Flecken und Steuermark Nr. 3503.

Gesunden wurden ferner: Vier Portemonnaies mit Zuhalt, eine silberne Herren- und eine Damenuhr, ein goldenes Kreuz, eine goldene Kravattennadel, eine Nadelbrille, ein Damenjackett, drei Hundtaschen und eine Nadeltasche mit Zuhalt, ein zugeschnittener Winter-Neberzieher, ein Leder-Etui mit Schreibutensilien, 1 Paket Daamsäume, ein Paket Eisenteile, ein Säckel mit Koppel, eine Pferdedecke, mehrere Schlüssel und verschiedene Papiere. — Zugelassen sind: Ein Forsterrier bei Buride, Kleine Scheinigerstraße 44, ein schottischer Schäferhund bei Deutschkon, Teichstraße 31, ein weiß- und braungefleckter junger Hund bei Vogt, Elbingstraße 3 und ein Pudel bei Ruge, Penthenstraße 64. — Zugelassen sind: ein Kavalier bei Krause, Nadergasse 13, eine Vorkatze bei Sander, Schiefwerderstraße 18/24 und ein Fasanhahn bei Wierling, Weltergasse Nr. 1.

Neueste Nachrichten.

Zur Maifeier.

Hamburg, 30. April. Der Realierungspräsident von Schleswig hat gestern für alle Städte seines Bezirkes entgegen der vorher erteilten polizeilichen Genehmigung die Erlaubnis eines Maifestzuges verweigert, damit dem Grundsatz „Jeder Preuze ist vor dem Gesetze gleich“ Genüge gelte.

Paris, 30. April. (S. T.-B.) Für die Maifeier bleiben die Pariser Truppen in den Kasernen konzentriert. Am meisten beklagt man eine Unterbrechung der elektrischen Straßenbeleuchtung, und angesichts dieser Möglichkeit werden probatorische Gasleitungen angelegt, um für den Fall von Störungen die Beleuchtung zu sichern. Für den 15. Mai sind große Versammlungen der Staatsbeamten und Arbeiter eingeberufen.

Die neue Türkei.

Washington, 30. April. (S. T.-B.) Das Staatsdepartement hat den amerikanischen Botschafter in Konstantinopel angewiesen, das neue Regime anzuerkennen. Dem Sultan wurden bereits telegraphisch die Glückwünsche der Regierung ausgesprochen. In den Vereinigten Staaten erwartet man von dem neuen Herrscher eine bessere Behandlung der armenischen Bevölkerung.

Konstantinopel, 30. April. (S. T.-B.) Das jungtürkische Komitee erklärt offiziell, daß von einer Verurteilung des enthroneten Sultans keine Rede sein könne. Abdul Samit werde lediglich unter Garantie seines Lebens für immer isoliert unter strengster Bewachung gehalten werden. Möglich sei es aber, daß das Exil gemildert werde.

Wien, 30. April. (S. T.-B.) Nach hier eingetroffenen Nachrichten besteht man in Konstantinopel gewisse Zweifel, daß die Russen in Klein-Asien von den Türken veranlaßt werden, um eine Intervention der Mächte herbeizuführen. Man bekräftigt fast jetzt noch eine Ausbreitung der Meegelein, da die Aktivitäten in Klein-Asien bemüht sind, eine feindselige Stimmung gegen das herrschende Regime zu schaffen und da sie hoffen, gelegentlich einer fremden Stimmung die Oberhand wieder zu gewinnen.

Wien, 30. April. (S. T.-B.) In verschiedenen Garnisonen Serbiens ist in den Offizierskorps der Beginn einer gegen die Dynastie gerichteten Bewegung bemerkbar. Diese antydynastische Bewegung ist vorläufig noch nicht besonders stark. Trotzdem erregen diese Anzeichen große Besorgnis, der ehemalige Kronprinz soll seine Hand im Spiele haben.

Ein Dorf in Flammen.

Budapest, 30. April. (S. T.-B.) Eine der schönsten Ortschaften des Landes; das Dorf Mite wurde mit seinen berühmten Tabakfeldern ein Haub der Flammen.

Kiel, 30. April. (S. T.-B.) Unter dem Verdachte der Unterschlagung von Messgoldern ist der Oberleutnant zur See Schapuis in Untersuchungshaft genommen worden. — Der Streik der Kieler Hafenarbeiter hat gestern nach dreimonatlicher Dauer sein Ende erreicht.

Briefkasten.

Schriftliche Anstunft wird nur ausnahmsweise erteilt. Sprechstunden der Redaktion: Wochentags v. 12—1 Uhr Mittags. E. S. N. S. 23. 1. und 2. Kein, in beiden Fällen ist Verjährung eingetreten. E. Rathen. Sie sind zur Abnahme des Postes nicht verpflichtet.

A. D. C. 1. Es kommt auf die besonderen Vereinbarungen an. Wegen solche nicht vor, so hat A. keine Rechte. 2. Die Gewerbesteuern beginnt bei Betrieben mit einem jährlichen Ertrage von 1500 Mk. oder mit einem Anlage- und Betriebskapital von 3000 bis 30.000 Mk. 3. Ja. 4. Der Käufer muß für den Schaden aufkommen. 5. Der Vertrag muß gekündigt werden. 6. Die Lohnpfindung erfolgt in der Regel auf Gerichtsbeschluß. Wenn nicht Klimente und Steuern in Frage kommen, ist die Pfändung nur zulässig in Höhe des Betrages, der die Jahressumme von 1500 Mark übersteigt. 7. Der Leitartikel in Nr. 97 der Volkswacht vom 27. d. M. wird Ihnen die gewünschte Aufklärung geben. 8. Wir können die „Volkswachtversicherung“ für Lehrer-Aussteuern nicht empfehlen, können aber auch im Augenblick nicht feststellen, inwieweit die Sache auf — Täuschung beruht. 9. W. S. 45. Dine Ihr Gedicht gesehen zu haben, können wir eine bestimmte Entscheidung nicht fällen, groß und indes die Ansichten auf Aufnahme von Gedichten von vornherein nicht.

Aus der Geschäftswelt.

Die bekannte Schuhwarenfabrik Conrad Lad u. Cie. in Burg bei Magdeburg verbirgt ihren Geschäftszweig und Sommer-Katalog 1909. Derselbe gibt einen ausgezeichneten Ueberblick über die reichhaltige Auswahl der von der Firma zum Verkauf gelangenden Produkte. Durch die große Produktion für ihre eigenen Geschäfte ist die Firma in der Lage, ihren Kunden die großen Vorteile zu bieten. Die Schuhwaren tragen den Schutzstempel Marke „Conrad“. In Breslau befindet sich die Firma Conrad Lad u. Cie. nur ein Geschäft Neufeldstraße 45. Von dort muß der Katalog auf Wunsch kostenfrei kostenfrei angefordert werden. Unsere Leser machen wir auf die selten günstige Gelegenheit des Speeres Schuhwarenhauses, Ohlauerstraße 87, Ecke Ring (Goldene Krone), aufmerksam. (Siehe Inserat.)

Abg. Dr. Dingmann (natl.): Der Herr Vorredner hat bewiesen wollen, daß Herr Wahlung inslande sei, ein wissenschaftliches Problem zu erfassen. Das wird doch von jedem Studenten verlangt. (Sehr richtig! links.) Wir machen Herrn Wahlung durchaus keinen Vorwurf daran, daß er sich nicht wissenschaftlich betätigt hat. Da er bei seiner praktischen Arbeit gar keine Zeit. — Gegen die Überfüllung der Volkshochschulen und das Halbtagsschulwesen müssen Maßnahmen ergriffen werden, ebenso auch gegen den Zustrom nicht genügend befähigter Schüler zu den höheren Schulen.

Hierauf wird ein Schlusstratag angenommen. Der Titel „Ministergehalt“ wird bewilligt. Eine Reihe von Kapiteln werden nach unwesentlicher Debatte angenommen. Beim Kapitel „Kunst- und Wissenschaft“ hat die Kommission einen Abteilungsdirektor bei den Kunstschulen zu Berlin gefordert und dafür eine staatliche Stelle für Naturdenkmalspflege mit dem Sitz in Berlin geschaffen.

Abg. v. Arnim-Jänsch (natl.): Wir sind bereit für den Professor Conwentz die vorgezeichnete Stelle zu bewilligen, um ihm hier einen Wirkungsbereich für die Naturdenkmalspflege zu schaffen. Wir legen aber Verwahrung dagegen ein, daß in absehbarer Zeit mehr Ausgaben aus dieser Bewilligung entnommen; etwa erforderliche Hilfskräfte müssen durch Abkommandierungen geschaffen werden.

Ein **Regierungskommissar** betont, daß die Staatsregierung grundsätzliche Bedenken gegen den Beschluß der Kommission nicht geltend mache in der Annahme, daß es sich bei diesem Beschluß nur um eine Ermächtigung für die Regierung handelt, eine detaillierte Stellung zu schaffen.

Abg. Graf Braschma (Zentrum) richtet die Mahnung an die Regierung, in der gegenwärtigen Zeit nicht zu rasch mit den Museumsbauten, insbesondere dem Neubau des Völker Museums, vorzugehen. Wir Bedauern gedenken wir des verstorbenen Architekten Meißel, dessen Genie wir die Museumspläne verdanken. (Bravo!) Der Antrag der Kommission will durchaus nicht in die Exekutive eingreifen.

Ein **Regierungskommissar** erklärt die Verpflichtung der Regierung an, mit Rücksicht auf die Finanzlage mit den Museumsbauten langsam vorzugehen.

Abg. v. Bülow-Domburg (natl.) bittet, den Neubau des Völker-Museums doch nicht allzuweit hinauszuschieben.

Abg. Siedhoff (fr. Natl.). Mit dem Bau eines neuen Völker-Museums kann noch gewartet werden, aber nicht etwa solange, bis die Baupläne auf der Museumsinsel fertig sind. Ich begehre es, daß sich die Regierung mit der neuen Stellung für Professor Conwentz einverstanden erklärt hat. — Notwendig wäre ein Gesetz zum Schutze alter Wandmalereien.

Abg. v. Vöhlendorff-Röpin (natl.) wünscht, daß die Gegenstände, die im Völker-Museum keinen Raum finden, den Provinzial-Sammlungen zur Verfügung gestellt werden.

Abg. Frhr. v. Wolff-Metternich (Z.) stimmt der Anregung Siedhoffs, betreffend den geschichtlichen Schutze der Wandmalereien, zu. Es müßte auch dagegen Vororge getroffen werden, daß deutsche Wandmalereien ins Ausland gehen.

Abg. Rojewo (Freiwirtschaftl. Volkspartei) spricht im Namen seiner Partei und der Stadt Berlin ebenfalls sein Bedauern über das Hinabschieben der Museumsbauten aus. Die Gewinnung des Stadtbaurats Hoffmann zur Fortleitung der Museumsbauten biete die Gewähr dafür, daß sie im Sinne des genialen Toten erfolgt. Die baldmögliche Eröffnung eines neuen Museums für Völkerkunde halten wir für notwendig. Gemis ist die Finanzlage keine günstige; aber unter diesen augenblicklichen Verhältnissen dürften die Kulturaufgaben nicht leiden. — Bedner tritt für einen staatlichen Zuschuß an das von Professor Stumpf begründete Phonogrammarchiv ein.

Ein **Regierungskommissar** betont ebenfalls, daß der Tod des Geheimrats Meißel ein sehr schwerer Verlust sei und dankt der Stadt Berlin, daß sie dem Stadtbaurat Hoffmann gestattet habe, die Bauten zu vollenden. Die Anregungen des Vorredners würden erwogen werden.

Abg. Dr. Sandmann (Zentrum) wünscht Trennung der Verwaltung der Kunst- und der wissenschaftlichen Museen. Damit schließt die Debatte. Der Antrag der Budgetkommission wird angenommen. — Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf morgen, Donnerstag 11 Uhr. — Schluß 4 1/2 Uhr.

Herrenhaus.
7. Sitzung. Mittwoch, den 26. April, Mittags 1 Uhr.
Am Ministerisch: Schwarzkopff.
Präsident v. Mantuffel eröffnet die Sitzung.
Der Gesetzentwurf betr. die Erweiterung des Stadtkreises ist dem Reichsrat genehmigt.
Es folgt die Beratung des Lehrerbeförderungsgesetzes, das in der Kommission erheblich abgeändert worden ist. Die Kommission hat das vom Abgeordnetenhaus beschlossene Prinzip der Verteilung der Staatszuschüsse an die Schuldverbände nach dem Bedürfnis beibehalten und die Regierungsvorlage, nach der dieselben Zuschüsse für die größeren Gemeinden bis zu 25 Lehrern erhalten sollten, wiederhergestellt. Die dafür erforderlichen Mittel hat die Kommission durch Streichung der Amtszulagen von 100 Mark für alleinstehende Lehrer freigegeben. Weiter hat die Kommission die Nichtbefähigungen herabgesetzt und die Alterszulagen geändert.
Graf v. Carmer-Osten und v. Byern beantragen im wesentlichen die Festhaltung der Abgrenzungswahlkreise.
Graf v. Sodensthal-Dollan beantragte, für die Schuldverbände mit mehr als 25 Schulstellen nur 50.000 M. (statt 2.135.000 M. nach dem Beschluß der Herrenhauskommission) als Zuschuß zur Gewährung von Erhaltungszuschüssen bereitzustellen.
Prof. Dr. Kratzke-Miel beantragt als Ersatz für die gestrichenen Amtszulagen an erste und alleinstehende Lehrer die Bestimmung in den § 24 anzunehmen, daß solche Amtszulagen von den Gemeinden gewährt werden können.
Prof. Dr. Löwing-Halle beantragt, diese Amtszulagen nach der Festhaltung der Abgrenzungswahlkreise und auch die Alterszulagen in der Höhe der Abgeordnetenhausvorlage zu gewähren.
Dr. Graf v. Bartsch beantragt, die Kommission hat an den Staatszuschüssen auch für die größeren Gemeinden festgehalten. Erreichlich weil die Städte durch das neue Gesetz eine erhebliche Mehrarbeit bekommen, andererseits auch im Interesse der Finanzen dieser Kommunen.

Bei § 1 findet eine allgemeine Besprechung statt.
Fürstbischof Kardinal Dr. v. Kopp: Die Kommission hat zwischen den Interessen der Lehrer und den Interessen der großen Gemeinden vermitteln wollen. Ich kann aber nicht sagen, daß ihr das gut gelungen ist. Der Beschluß über die Alterszulagen zum Beispiel bedeutet eine erhebliche Verfürung der Einnahmen der Lehrer. Bedauerlich ist auch, daß die Kommission die Amtszulagen von 100 Mark für alleinstehende Lehrer gestrichelt hat. Das ist Sparsamkeit am falschen Ort. Das gegen die Beschlässe der Herrenhauskommission über die Staatszuschüsse für besser wie die Fassung des Abgeordnetenhauses, das für alle Schuldverbände mit mehr als 10 Schulstellen die Staatszuschüsse überhaupt gestrichelt hat. (Beifall.)
Oberbürgermeister Rive: Halle tritt für die Kommissionsbeschlässe im Interesse der Kommunen ein, und bittet um Annahme der von der Kommission einstimmig angenommenen Resolution. Das Herrenhaus hält es mit der Selbstverwaltung der Gemeinden nicht für vereinbar, wenn durch Verschlebung staatlicher Geseke mit rückwirkender Kraft in das Staatsrecht der Gemeinden in der Weise eingegriffen wird, daß diesen nachträgliche Ausgaben auferlegt werden, die nicht schon bei Festlegung der Gemeindefinanzen sowohl dem Grund noch als auch rechnungsmäßig genau feststehen.
Graf v. Carmer-Osten: Die Kommissionsbeschlässe mügen im Interesse der großen Städte liegen, im Interesse des großen Landes liegen sie nicht. Der Unterschied zwischen Stadt und Landgemeinden ist nicht bestritten worden. Deshalb halten wir die Beschlässe des Abgeordnetenhauses für besser.
Ministerialdirektor Dr. Schwarzkopff: Auch ich kann Sie nur bitten, die Ersetzung der Amtszulagen aufzuheben. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die Gemeinden keinen rechtlichen Anspruch auf die Staatszuschüsse haben. (Choi bel den Oberbürgermeistern.) Nach der Verfassung hat die Regierung nur da einzutreten, wo es den Gemeinden an den nötigen Mitteln fehlt. Wo wirklich Not eintrifft, wird die Regierung mit besonderen Fonds eingreifen. Die Regierung hätte das Herrenhaus die Beschlässe des Abgeordnetenhauses zu abgelehnt, die den Wünschen der Lehrerschaft noch weiter entgegenzukommen und auf die für das Abgeordnetenhaus einmütig genehmigt hat.

Oberbürgermeister Lentz-Magdeburg: Ueber die Interessen der Lehrer dürfen wir die Interessen der Schulverbände nicht vergessen. Gegen die Ausführung des Ministerialdirektors über die Staatszuschüsse müssen wir Stellung nehmen. Wenn die Staatszuschüsse der Verfassung widersprechen, dann hätten sie nicht gesetzlich festgelegt werden dürfen. Das Abgeordnetenhaus hat es sich bei der Bedenkenfrage alles selbst gemacht. Als Mittel fehlten da, es ist einfach den Großstädten genommen, dabei sind die Kommunen mit der Abänderung der Einkommensteuer und die damit verbundene Ausdehnung des Kinderprivilegs stärker belastet worden. In einer solchen Zeit darf man den Städten doch wohl das Abgeordnetenhaus in Verlegenheit war, nicht wohlüberlegte Rechte nehmen.
Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben: Den begründeten Interessen der Lehrer stehen hier entgegen die Interessen nur einiger großer Gemeinden. (Unruhe bei den Oberbürgermeistern.) Das ist die Leistungsfähigkeit der großen Städte wesentlich gehoben hat, kann doch unmöglich ermittelt bestritten werden. (Widerpruch bei den Oberbürgermeistern.) Durch die Wagnislose Steuerreform haben die großen Städte erhebliche neue Einnahmequellen erhalten. (Hört, hört!) Die ganze wirtschaftliche Entwicklung ist zu Gunsten der Großstädte erfolgt, wenn ich auch nicht verkenne, daß die zunehmende Belastung der Bewohner der Großstädte ein Gegenstand unserer Besorgnis ist. (Choi bel den Oberbürgermeistern.) Ich teile nicht die Auffassung vom Wasserkopf Berlin und bin für das Zusammenarbeiten zwischen Staat und Kommunen. Aber weder leicht noch verfassungsmäßig ist es gerechtfertigt, den großen leistungsfähigen Gemeinden einen jährlichen Staatszuschuß von über 400.000 Mark zu gewähren. Die rückwirkende Kraft wird den Großstädten schwer fallen, aber sie waren ja darauf vorbereitet. (Widerpruch bei den Oberbürgermeistern.) Vielleicht kann sich aber hier noch ein Weg finden, um den Interessen der Großstädte entgegenzukommen.

Oberbürgermeister Ritz-Königsberg: Ich glaube, wir kennen die Verhältnisse in den Großstädten doch ein wenig besser als der Finanzminister. Bleibt das Herrenhaus fest, dann wird auch das Abgeordnetenhaus den Beschlüssen des Herrenhauses zustimmen. (Widerpruch.) Wir können den Lehrern gewiß jede Besserstellung, aber wir müssen uns hier fragen, ob nicht ein zu weit gehendes Wohlwollen ein Widerhältnis zwischen an sich gleichartigen Erwerbsständen schafft. Es besteht schon heute die Gefahr, daß der Lehrerstand besonders in den großen Städten aus dem gewerblichen Mittstand herausgehoben wird. Es sollen nur ein paar Großstädte in Frage kommen, in Wahrheit sind nur Berlin, Charlottenburg, Frankfurt und Wiesbaden wirklich leistungsfähige Großstädte. Den übrigen großen Städten wird die Aufbringung der hier verlangten Mittel sehr schwer. Viele neue Geseke wie das Polizeikostengesetz haben den großen Städten bedeutende Mehrkosten auferlegt, ich kann nur bitten, die Kommissionsbeschlässe mit möglichster Einnützigkeit anzunehmen.

Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben: Ich habe volles Verständnis für die schwierige wirtschaftliche Situation der Städte, insbesondere im Osten bedürftigen Städten, zu denen auch Königsberg gehört, soll der Zuschuß nicht entzogen werden. Gerade um den bedürftigen Städten den Zuschuß zu erhalten, wird er den leistungsfähigen Großstädten weggenommen. (Beifall.)

Frhr. zu Salm-Hoyman erklärt sich für die Kommissionsbeschlässe. Die Regierung hat mit dem Herrenhaus keine Fühlung genommen. Das ist eine Behandlung, die der Würde und dem Ansehen des Herrenhauses nicht entspricht. (Sehr richtig!)

Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben: Die Regierung bewertet das Romm dieses Hauses nicht geringer, wie das des Abgeordnetenhauses und die Verhandlungen im Abgeordnetenhause bezogen in seiner Weise gegen die Würde dieses Hauses.

Graf Botho Eulenburg: Wenn die Fassung des Abgeordnetenhauses so glänzend ist, so wunder es mich, daß die Regierung nicht gleich von vornherein darauf gekommen ist. (Beifall.) Wir haben aber gegen einzelne Beschlässe des Abgeordnetenhauses Bedenken, besonders hinsichtlich der Gewährung von Zuschüssen an die Kommunen. Dieses Verfahren ist zu unplanmäßig, unzeitgemäß und unpraktisch. Verfassungsbedenken können dagegen wohl nicht geltend gemacht werden. Dem Finanzminister gebührt Dank, daß er uns vor der Zurückziehung der Zuschüsse von 1908 bewahren will. Aber das genügt nicht, um von den Beschlüssen der Kommission abzusehen. Wir müssen zu einer allseitigen Verständigung mit dem Abgeordnetenhaus zu kommen suchen. Wenn diese dahin führt, daß wir den Lehrern etwas mehr gewähren können in Bezug auf die Alterszulagen, und in Bezug auf die 100 Mark für die alleinstehenden Lehrer um so besser! (Lebhafter Beifall und Gändeläutchen.)

Ministerialdirektor Schwarzkopff verweist dem Vorredner gegenüber darauf, daß hoch die ganze Entwicklung dahin geht, den Umfang der gesetzlichen Beiträge einzuschränken. § 1 des Gesetzes wird angenommen.

Partei-Angelegenheiten.

Die Landeskonferenz der sozialdemokratischen Partei im Großherzogtum Sachsen fand am 25. April ebenfalls im Volkshaus in Weimar statt. Aus 37 Orten waren 74 Teilnehmer vertreten. Eine lebhaft debattierte schloß sich an die Referate der Genossen Leber und Ruf über: die Tätigkeit des Landtages und die Stellungnahme der drei sozialdemokratischen Abgeordneten im Landtage. Eingehend wurde über die Wahlrechtsfrage verhandelt. Einmütig erklärte sich die Konferenz mit der Forderung der sozialdemokratischen Abgeordneten einverstanden. Der wichtigste Punkt betraf die Stellungnahme zu den nächsten Landtagswahlen, über die der Genosse Waudert referierte. — Nach einer längeren Debatte, aus der ein erfreulicher Kampfesmut herausklang, wurde beschloffen: In allen 23 Wahlkreisen selbständig vorzugehen und Kandidaten aufzustellen. Von Doppellandidaturen soll in den Kreisen abgesehen werden, in denen einigermaßen auf einen Erfolg zu rechnen ist. Die Aufstellung der Kandidaten erfolgt von den Genossen der Landtagswahlkreise im Einvernehmen mit den Leitungen der Reichstagswahlkreise. Alle sich weiter notwendig ergebenden Vorarbeiten zur intensiven Führung des Wahlkampfes werden den Leitungen der Reichstagswahlkreise im Einvernehmen mit den Parteisekretären übertragen.

Bezüglich der Stellung unserer Genossen bei den Stichwahlen wurde beschloffen, die Entscheidung hierüber von Fall zu Fall gleichfalls den bereits erwähnten Instanzen zu überlassen. Damit waren die Arbeiten der Konferenz erledigt und die Einleitung zu dem im Herbst stattfindenden Wahlkampfe, der an Schärfe seine Vorgänger sicher noch übersteigen wird, bereits vollzogen, obwohl das neue Wahlgesetz von der Regierung noch nicht einmal veröffentlicht ist.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Reuß j. L. fand am Sonntag, den 26. April in Gera statt. Im Geschäftsbericht wurde hervorgehoben, daß trotz der schweren Krise und einer Beitragserhöhung sich die Mitgliederzahl von 3384 männlichen und 189 weiblichen am 1. Juli 1909 erhöhte auf 3429 männliche und 553 weibliche Mitglieder am 1. April 1909. In den letzten neun Monaten ist also die Mitgliederzahl um 468 gestiegen. Kassierer und Vorsitzender begründeten die Notwendigkeit der Anstellung eines Geschäftsführers für den Verein. Weil aber die Vereinsmittel zur vollen Begleichung eines solchen nicht ausreichen, soll derselbe teilweise gesponsoriert durch die „Reußische Tribune“ tätig sein und das Gehalt zu gleichen Teilen vom Verein und dem Verlag des Parteiblattes aufgebracht werden.

Folgen des preussischen Wahlrechtskampfes. Nach fast dreimonatlichem Bestehen hat die Stellung Staatsanwaltschaft gegen 22 Wahlrechtsdemonstranten Anklage erhoben und zwar gegen einen Teil wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Vergehens wider das Vereinsgesetz, gegen alle außerdem noch wegen groben Unfugs. Es handelt sich um die Vorgänge vom 31. Januar d. J., bei denen die Polizei ohne jede Veranlassung mit blanker Waffe gegen friedlich demonstrierende Bürger vorging.

Überall wird die Sicherheit durch bürgerliche Gegner gefährdet. In Dortmund wurde der Wahlbesitz sowohl für die Stadt, als auch für den Landkreis Dortmund abgelehnt und zwar weil der ablehnende Bescheid auf die schwer reizende, agitatorische Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei und auf das außerordentlich gespannte Verhältnis zwischen den Angehörigen dieser Partei und denen der bürgerlichen Parteien hin. Mit Rücksicht darauf sei die öffentliche Sicherheit gefährdet! Man fürchtet also auch hier einen Ueberfall auf die Maidemontfronten.

Arbeiterbewegung.

Ein gewissenloses Unternehmermandat. Der Mächthaber der Hamburger Hafenbetriebsräte ist ohne Grenzen. Nachdem die Hamburger Arbeiter sich weigert auf die Leinwand des ständischen Kontrahenten zu kriechen, weil sie ihren christlichen Namen behalten will, wendet die Unternehmerorganisation, der Hafenbetriebsverein (H. B. V.), sich an das Proletariat in ganz Deutschland um hier das Material zu gewinnen, das als Mittel zu dem Zweck gebraucht werden soll, den Rest der Selbstbestimmung der Arbeiter zu vernichten, — die Macht der Unternehmer zu steigern. Die augenblicklich erneuerten Versuche des H. B. V. Arbeiter nach Hamburg zu locken, ist um so verwerflicher, als Hamburg wohl die größte Zahl der Arbeiterlosen aufzuweisen hat. Nach den Berichten des H. B. V. waren im Januar 1909 fast 38% der Hafenarbeiter arbeitslos — und zwar schon seit Wochen und Monaten. Statt aber diese Armen, Opfer der verdrängten kapitalistischen Wirtschaftsordnung, einzustellen, läßt die Unternehmerorganisation die vorhandenen Kontraktarbeiter 36, 48 ja selbst 56 und 60 Stunden ohne Unterbrechung arbeiten. Die intensive, brutale Ausbeutung der Arbeitskraft, verbunden mit den überaus großen Mängeln des Arbeiterschutzes im Hamburger Hafen, erklärt dann wohl auch die ständig anschwellende Zahl der Unglücksfälle. So verunglückten

Jahr	Zahl	Schwerere, davon 49 schwer
1899	713	36
1900	672	42
1901	705	54
1902	664	48
1903	734	57
1904	777	60
1905	925	99
1906	1062	89
1907	1101	92
1908	1107	

Das wären also in zehn Jahren bei einer durchschnittlichen Beschäftigungszahl von ca. 4000 nicht weniger als 8460 Unfälle.

Diese Zahlen reden Bände. Die Offerte des H. B. V. prahlt mit einem Wochenlohn von 30 Mk., verzögert aber ganz die Einstellungsbedingungen mitzutellen. Wir wollen dieser „Verpflichtung“ der Unternehmer abhelfen, indem wir die Bedingungen nachstehend abdrucken. Arbeiter werden nur eingestellt, wenn sie

1. nach ärztlicher Untersuchung für tauglich befunden sind,
2. ein reines Sittenzugnis beibringen,
3. daß sie einer Zwangsparatasse, für welche jedem Arbeiter jede Woche 1-3 Mk., bis zur Höhe von 200 Mk. und mehr in Abzug gebracht werden, beitreten müssen,
4. daß sie dieses Verhältnis nur mit vierwöchentlicher Kündigung lösen können; ohne die ordnungsmäßige Kündigung verfallt das gesparte Geld in Höhe von 200 Mk. dem Hafenbetriebsverein,
5. daß sie sich zu jeder Arbeit (auch zum Streikbruch) verpflichten und
6. daß, wenn der Arbeiter 40 Jahre alt ist, die Einstellung nicht erfolgt oder von weiteren Bedingungen abhängig ist.

Alle diese Bedingungen verschweigt die Offerte. Sie handelt also genau nach dem beliebigen Recht der Agenten, die den Leichtgläubigen etwas anschwärzen, worauf dieser dann später entdeckt, daß er betrogen ist. Der Hafenbetriebsverein verfolgt also ein ganz gewissenloses Spiel, wenn er Leute nach Hamburg lockt um die hier ansässigen Arbeiter dem Elend und Hunger preiszugeben.

Die Überlegenheit von **MAGGI'S Suppen** mit dem Kreuzstern über ähnliche Produkte zeigt sich
1. in dem reinen, kräftigen Wohlgeschmack,
2. im charakteristischen Eigengeschmack jeder Sorte,
3. in der Ausgiebigkeit und daher Fülligkeit.
Verlangen Sie deshalb ausdrücklich **MAGGI'S Suppen** „MAGGI'S gute, gesunde Küche“

